

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 233 · 20. JAHRGANG · AUSGABE 6/2014 VOM 3. JUNI 2014 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

7 | **Ämterkrieg gegen Sportbootverein**
Idylle am Rosenbecker See soll weg

8/9 | **Freund und Weggefährte**
Erinnerungen an Rolf Richter

12 | **Dezernentin verspricht: Bäume sollen bleiben**
Aus MEW wird »Westend-Center«

Nach der Stichwahl am 15. Juni:

Künftig Ortsteile ohne Ortsvorsteher

Zur Kommunalwahl am 25. Mai hat keiner der Kandidaten, die sich um eines der Ortsvorsteherämter in den Ortsteilen Eberswalde 1, Eberswalde 2, Finow und Brandenburgisches Viertel beworben hatten, die absolute Mehrheit errungen, die den Wahlsieg bereits im ersten Wahlgang perfekt gemacht hätte. Am 15. Juni stellen sich jeweils die beiden Erstplatzierten der Stichwahl. Es ist allerdings keineswegs sicher, daß der jeweilige Wahlsieger auch Ortsvorsteher wird. Es ist vielmehr höchst unwahrscheinlich.



Wir hatten schon darauf aufmerksam gemacht (BBP 4/2014). Nun hat der Verwaltungsdezernent der Stadt Eberswalde Bellay Gatzlaff die Befürchtungen bestätigt: Wenn an der Stichwahl des Ortsvorstehers nicht genügend Wähler teilnehmen und weniger als 15 Prozent der Wahlberechtigten für den Sieger stimmen, reicht es nicht zur Wahl.

Das war bereits zur vorigen Kommunalwahl im Jahr 2008 Realität. In allen vier Ortsteilen, in denen eine direkte Wahl der Ortsvorsteher stattfindet. Denn nur diese sind betroffen. In Sommerfelde, Tornow und Spechthausen werden Ortsbeiräte gewählt und ein Quorum gibt es nicht. Im Jahr 2008 wurden die Ortsvorsteher der vier Ortsteile nach der gescheiterten Direktwahl von der Stadtverordnetenversammlung (StVV) bestimmt.

Doch diesmal ist das nicht vorgesehen. Denn es ist schon die zweite gescheiterte Direktwahl, was laut Kommunalverfassung dazu führt, daß künftig »Ortsteile ohne Ortsteilvertretung« vorliegen werden, wenn das Quorum von 15 Prozent nicht erreicht wird. Und das kann als nahezu sicher gelten. Vor sechs Jahren lag zur Stichwahl die Wahlbeteiligung überhaupt, von Finow abgesehen, unter 15 Prozent. Tritt der Fall ein, dann ist der Bürgermeister gemäß Kommunalverfassung dazu verpflichtet, »die durch den Statuswechsel sich ergebende Änderung der Hauptsatzung ... vorzunehmen und öffentlich bekannt zu machen«.

Erst zur StVV am 22. Mai hatte sich der Dezernent zu einer Antwort bequemt, obwohl die Frage bereits im Februar gestellt worden war. Und auch das nur, weil ich die Frage erneut eingereicht hatte. Warum die Antwort solange hinausgezögert wurde, bleibt im Dunkeln. Als ich entsprechend nachfragte, redete sich Gatzlaff heraus, indem er die Verantwortung dafür seinem Untergebenen, dem Rechtsamtsleiter Stefan

Müller zuschob. Klar ist, daß in Ortsteilen ohne Ortsteilvertretung sämtliche Angelegenheiten der Ortsteile vom Rathaus aus vom Bürgermeister und der Stadtverordnetenversammlung geregelt werden. Es gibt dann keine direkten Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger mehr. Die Einwohner müssen sich in allen Angelegenheiten ihres Ortsteils direkt an den Bürgermeister wenden.

Es gibt nur ein Mittel, die Abschaffung der Ortsvorsteher zu verhindern: Eine ausreichende Beteiligung an der Stichwahl, so daß den Wahlsieger mehr als 15 Prozent der Wahlberechtigten unterstützen.

Die Frage, welche Möglichkeiten der Stadt Eberswalde zur Verfügung stehen, ihr freies Recht auf die Gestaltung der Ortsteilvertretungen umzusetzen, wenn die Stichwahlen scheitern, blieb übrigens auch am 22. Mai unbeantwortet. Die Stadtverwaltung habe sich deswegen an die Kommunalaufsicht gewandt, die sich an das Innenministerium wandte. Keiner habe die Frage beantworten können, da im Gesetz dazu nichts geregelt sei.

Was nicht ganz stimmt. Denn im Prinzip ist es der Stadtverordnetenversammlung überlassen, die Ortsteilvertretungen jederzeit durch Änderung der Hauptsatzung wieder aufleben zu lassen. Würden – wie es der Stadtverordnetenversammlung als Vorschlag bereits im Herbst 2013 vorlag – Ortsbeiräte mit erweiterten demokratischen Rechten in allen Ortsteilen gebildet, dann fiel das Problem des Quorums weg. Es ist auch kaum zu befürchten, daß sich zu wenige Kandidaten für die neuen Ortsbeiräte finden. Ortsvorsteherkandidaten gab es so viele wie nie und auch für die Stadtverordnetenversammlung gab es viele Kandidaten, von denen nur ein kleiner Teil ins neue Stadtparlament kam.

GERD MARKMANN

Der Wille und der Weg

In der Sitzung des Finanzausschusses am 8. Mai informierte der Verwaltungs- und Finanzdezernent Herr Bellay Gatzlaff darüber, daß aufgrund der Elternzeit eines Mitarbeiters in diesem Jahr der Beteiligungsbericht für das Jahr 2013 nicht bis zum 30. September, sondern erst zum Jahresende vorgelegt werden könne. Dazu meldete ich mich in der Stadtverordnetenversammlung am 22. Mai zu Wort:

»Hierzu ist anzumerken, daß es sich um einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung handelt, wonach die Beteiligungsberichte des Vorjahres jeweils bis zum 30. September vorzulegen sind. Es ist nicht hinzunehmen, daß mittels einer lapidaren Information Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung ausgehebelt werden. Es liegt in der Verantwortung des Herrn Dezernenten, die Arbeit in seinem Bereich so zu organisieren, daß die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung erfüllt werden können. In diesem Zusammenhang ist anzuregen, daß der Herr Verwaltungs- und Finanzdezernent einmal seine grundsätzliche Arbeitseinstellung insbesondere hinsichtlich des Umgangs mit Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung und mit Vorschlägen, die von Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden, überprüft. Zur Lösung des konkreten Problems schlage ich vor, daß in diesem Jahr die Geschäftsberichte der städtischen Gesellschaften in unbearbeiteter Form zusammengestellt und fristgerecht als Beteiligungsbericht vorgelegt werden.«

Bereits am Tag nach der Stadtverordnetenversammlung antwortete der Verwaltungsdezernent. »Den Beteiligungsbericht für das Jahr 2013 in verkürzter Form darzustellen und nur die Geschäftsberichte der städtischen Gesellschaften unbearbeitet als Beteiligungsbericht zu erfassen«, schrieb er, entspreche nicht den rechtlichen Mindestforderungen an einen Beteiligungsbericht (§ 61 BbgKomHKV). »Da die in der Rechtsvorschrift geforderten Rahmendaten, Analysedaten und Kennzahlen nicht in den Geschäftsberichten der städtischen Gesellschaften enthalten sind, kann ich leider von Ihrer Anregung keinen Gebrauch machen.«

Allerdings heißt es in dem angeführten Paragraphen 61 ausdrücklich, daß die dort aufgezählten Angaben »anhand der letzten gemäß § 242 des Handelsgesetzbuches (HGB) erstellten Jahresabschlüsse der Unternehmen« in den Beteiligungsbericht aufzunehmen ist. Der Jahresabschluß ist der wichtigste Bestandteil des Geschäftsberichts, der also die einzige Quelle ist, aus denen die Daten des Beteiligungsberichtes entnommen werden. Sofern einzelne Analysedaten, die im Beteiligungsbericht enthalten sein sollen, nicht direkt in den Geschäftsberichten aufgeführt sein sollten, so sind es doch die zugrundeliegenden Daten.

Es zeigt sich immer wieder: Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Wo kein Wille ist, ist kein Weg.

GERD MARKMANN

»Deutsch als Fremdsprache«

Feierliche Zeugnisübergabe in der Kreisvolkshochschule

Eberswalde (prest-bar). Um sich gut auf das Leben in Deutschland vorzubereiten, erlernen ausländische Flüchtlinge die deutsche Sprache. Hierzu werden ihnen entsprechend ihrer Vorkenntnisse von der Kreisvolkshochschule Barnim verschiedene Deutschkurse angeboten, deren Finanzierung (30.000 Euro) der Kreistag am 13. Februar 2013 beschlossen hat.

An dem Deutschkurs haben 2013 12 Teilnehmer mit dem Einstiegskurs A1 begonnen und 9 Teilnehmer mit dem Weiterführungskurs A2. Die Abschlussprüfung A1 konnten 7 Flüchtlinge und den Weiterführungskurs A2 3 Flüchtlinge erfolgreich abschließen. Nun haben die ersten Teilnehmer der von der Kreisvolkshochschule Barnim organisierten Kurse »Deutsch als Fremdsprache« ihre Prüfung erfolgreich bestanden. Sie können sich nun in Alltagssituationen verständigen, Informationen aus schriftlichen Kurzmiteilungen entnehmen, einfache und persönliche Angaben in Formulare eintragen sowie im Alltag gebräuchliche Bitten und Aufforderungen formulieren.

Im feierlichen Rahmen erhielten die erfolgreichen Kursteilnehmer am Freitag, 9. Mai 2014 von der Sozial- und Umweldezernentin Silvia Ulonska und dem Dozenten Arno Günther (Mitglied des Kreistages) Ihre Zeugnisse in der Regionalstelle der Kreisvolkshochschule Eberswalde.

»Wir freuen uns, daß wir die finanziellen Mittel durch den Kreistagsbeschluß zur Verfügung haben, um so vielen Flüchtlingen die Möglichkeit der Teilnahme am Deutschunterricht zu gewähren, so daß sie bei uns selbständig ihr neues Leben organisieren können. Mittlerweile haben wir bereits weitere 9 Deutschkurse über die Kreisvolkshochschule Barnim am Standort Eberswalde und Bernau bei Berlin organisiert und können sicher demnächst wieder eine feierliche Zeugnisübergabe durchführen.«

Die Sozialdezernentin Silvia Ulonska freut sich, daß die Abgeordneten des Kreistages diese sehr wichtige Möglichkeit für jeden einzelnen Asylbewerber geschaffen haben. Verglichen mit anderen Landkreisen und kreisfreien Städten haben wir damit eine sehr gute Möglichkeit der Deutschkursangebote geschaffen.



Eberswalder geben Asyl

Eberswalde (jg). Fast täglich erhält Ortsvorsteher Carsten Zinn die unterschiedlichsten Anfragen der Einwohner, aber auch von Vereinen und Initiativen, zur aktuellen Zahl der Flüchtlinge im Brandenburgischen Viertel. Die Dezernentin für Jugend, Sozial- und Umweltfragen des Landkreises Barnim, Silvia Ulonska, antwortete ihm. Demnach leben derzeit 105 Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Eberswalde. Im Wohnverbund der WBG in der Straße Am Schwärzensee wohnen 32 Flüchtlinge. Weitere 75 sind dezentral in Wohnungen der WHG und der TAG untergebracht. Die Flüchtlinge kommen überwiegend aus Rußland (Tschetschenien), afrikanischen Ländern, einige auch aus Asien (z.B. Vietnam, Pakistan, Afghanistan, Indien u.a.). Die Anwesenheit von Sinti und Roma ist der Barnimer Sozialdezernentin Silvia Ulonska nicht bekannt.

Heinz Dobberstein

ist am 17. Mai 2014 gestorben. Kurz vor seinem 89. Geburtstag, den er am 21. Mai gefeiert hätte.

Heinz hatte ein erfülltes Leben, heißt es in den Nachrufen. Mit einem Teil davon füllte er auch die Spalten der »Barnimer Bürgerpost«.

In den zwei Jahrzehnten vor und nach dem Jahrtausendwechsel meldete er sich oft zu Wort. Er berichtete aus dem Kreistag, später aus dem Landtag, äußerte sich zu Angelegenheiten der Linken. Ein Schwerpunkt seiner politischen Tätigkeit waren Mitte der 90er Jahre die Proteste der Abwasserbewegung. Nach seiner Arbeit als Landtagsabgeordneter engagierte er sich wieder verstärkt auf kommunaler Ebene als Mitglied des Stadtvorstandes der Linkspartei/PDS. Auch dies reflektierte er mit Artikeln in der »Barnimer Bürgerpost«. Sein kritischer Blick auf die Dinge war uns immer eine Hilfe.

In den letzten Jahren schmälerte die schwächer werdende Gesundheit seine Aktivitäten. Wir werden Heinz Dobberstein nicht vergessen, denn wir verlieren einen Freund.

Dr. Manfred Pfaff (Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.)
Gerd Markmann (Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

Ein Liebesbrief des Kulturbeirates

Liebe Stadtverordnetenversammlung!

Ich habe lange nach einem geeigneten Weg gesucht, Dir meine Gedanken zu unseren Problemen mitzuteilen. Dafür habe ich mehrere Anläufe genommen. Manchmal war ich vielleicht etwas direkt, aber eigentlich ging es mir dabei immer um unsere gemeinsame Sache.

Weißt Du noch, als Du mich vor ziemlich genau 5 Jahren erwählt hast? Es war der 18. Mai 2009, an dem wir ganz offiziell unsere Partnerschaft besiegelten. Der neue Kulturbeirat der Stadt Eberswalde war konstituiert und berufen. Ich war ganz euphorisch und freute mich darauf, meine Kompetenzen in die bevorstehenden gemeinsamen Projekte einzubringen.

Und ein ganz Großes stand da auch schon in den Startlöchern. Ich hatte es aus meiner früheren Partnerschaft mit der Stadtverwaltung mitgebracht. Erinnerst Du Dich?

Die Kulturentwicklungskonzeption war zu dieser Zeit schon prächtig gewachsen. Sie war kurz vor ihrer Fertigstellung und mein ganzer Stolz.

Aber sie hatte auch ihre Ecken und Kanten, typisch für eine Halbwüchsige. Mir war natürlich klar, daß ich Dir damit einiges zumuten würde, schließlich hattest Du sie nicht aufwachsen sehen und jeden ihrer tapsigen Schritte begleitet. Dennoch hat mich Dein offensichtlicher Mangel an Begeisterungsfähigkeit für meine Belange bereits zu diesem Zeitpunkt etwas irritiert.

Damals habe ich mir gesagt: Das ist nur vorübergehend, Deine Stärken liegen einfach an anderer Stelle. Du kennst Dich gut aus mit der Demokratie und Recht und auch mit Zahlen und kannst immer sehr schnell sagen, was etwas kosten würde. Vielleicht sind Dir ja beim Kennenlernen meiner Kulturentwicklungskonzeption zuallererst die zukünftigen Kosten durch den Kopf gegangen.

Wie dem auch sei: Letztlich hatte ich es nach einigem Ringen scheinbar geschafft, so etwas wie Verständnis und Offenheit für mein Projekt bei Dir zu wecken. Du hast Dich Ende 2009 für die Adoption des Konzeptes entschieden. Ich danke Dir dafür!

Danach machte ich möglicherweise den Fehler, etwas zu forsich die Umsetzung und Weiterentwicklung unseres Sprößlings zu fordern. Wochen und Monate vergingen und weder Du, noch unsere Freunde, die Bürger, nahmen ernsthaft wahr, welche Möglichkeiten sich nun boten. Dafür erging es unserem Filius und auch mir selbst wie einem hochbegabten Kind in der Förderschule bei Unterforderung: Es langweilt sich.

Glücklicherweise habe ich das schnell erkannt. Ich beschloß, nach geeigneten Themen zu suchen, mit denen nach unseren Zögling beschäftigen konnte. Und da lag einiges auf dem Weg: Kunst im öffentlichen Raum, die Zukunft der städtischen Kleinen Galerie, städtische Kultureinrichtungen im Allgemeinen, die Si-

tuation des Familiengartens, das zukünftige Bürgerbildungszentrum, das große Thema Erinnerungskultur in der Stadt, neue Kulturförderrichtlinien, Kultur in den Ortsteilen und immer wieder: die Förderung der freien Kulturszene. Ich habe wirklich versucht, die Kulturentwicklungskonzeption bei Laune zu halten, indem ich ihr regelmäßige Stoff zum Verarbeiten gab.

Für mich wurde es immer dann schwierig, wenn Du, liebe Stadtverordnetenversammlung, davon Wind bekommen hast. Mein eigenmächtiges Handeln schien Dir zu mißfallen. Immer wieder bekam ich zu hören, warum sich denn der Kulturbeirat jetzt in dieses oder jenes Thema reinhängt. Leider hast Du mir das nie persönlich gesagt. Wenn ich Dich eingeladen habe, über die jeweiligen Themen mit mir und anderen zu diskutieren, gab es meist andere Prioritäten. Offen gestanden, kannte ich das aus meiner früheren Beziehung mit der Stadtverwaltung anders. Sie war sogar nach unserer, zugegebenermaßen nicht ganz freiwilligen Trennung, eigentlich immer für mich da.

Wenn es für Dich und mich einmal richtig wichtig wurde, wie zum Beispiel beim Eberswalder Kulturforum 2012, warst Du abwesend. In solchen Momenten habe ich Dich vermisst.

Ich habe auch oft zu hören bekommen, warum Du eigentlich einen Kulturbeirat brauchst, wenn Du doch einen Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration hast. Das ist so, als würdest Du fragen: »Wozu brauche ich ein Fahrzeug, wenn ich doch zwei Beine habe.«

Letztlich aber soll es nicht so aussehen, als wäre ich nachtragend. Im Gegenteil. Ich glaube aus unserer Verbindung kann etwas Großes entstehen, wenn wir uns nur beide offen aufeinander einlassen.

Und es gibt in den kommenden Jahren wahrlich viele Dinge zu tun:

- Wohin soll sich die Kultur in den nächsten Jahren entwickeln?
- Wird es einen Rückschritt in kulturell prähistorische Zeiten geben?
- Wirst Du Dich für mehr kulturelle Lebensqualität einsetzen und dabei auch die Ortsteile bedenken?
- Und was wird Dir das wert sein?

Du planst am kommenden Sonntag* eine Frischzellenkur für Dich und damit indirekt auch für mich. Unsere gemeinsamen Freunde, die Bürger, werden auch entscheiden, ob wir beide kulturell so weitermachen sollen.

Ich für meinen Teil reiche Dir gern wieder die Hand, denn letztlich geht es ja um viel mehr, als nur um uns beide.

In großer Vorfreude auf unsere gemeinsame Zukunft

Dein Kulturbeirat

Tätigkeitsbericht des Kulturbeirates zur Stadtverordnetenversammlung am 22. Mai, vorgetragen vom Beiratsvorsitzenden ANDREAS GLÄßER.

* Gemeint ist die Kommunalwahl am 25. Mai 2014.

»Adieu Windows«

Hebewerker feiern Linux-Umsteigerparty

Wer auf das Open Source Betriebssystem Linux umsteigen wollte, war am 27. Mai bei einer Veranstaltung des Hebewerk e. V. goldrichtig.

Gemeinsam mit dem Linux-Experten Edmund »Eddy« Stranzenbach aus Lychen rüsteten neun Eberswalder ihre älteren Windowsrechner auf Linux um. Die drei bis fünf Jahre alten Laptops und Desktop-Computer liefen noch mit dem ausgelaufenen Windows XP und hatten für die neueren Windowsversionen zu wenig Rechenleistung. Ansonsten waren die Rechner aber tadellos und viel zu schade zum Wegschmeißen.



Die Lösung war die Installation des freien und völlig kostenlosen Betriebssystems Linux. Dezentral, weil ohne eine Konzernleitung, und in Sicherheits- und Stabilitätsfragen Microsoft-Windows weit überlegen, entwickeln überall auf der Welt Programmierer an diesem Betriebssystem und schaffen für verschiedene Einsatzzwecke und Rechnerleistungen eine breite Auswahl an Programmen und Anwendungen, den sogenannten Linux-Distributionen.

Nach einem theoretischen Einstieg zur Entstehung, Entwicklung und den verschiedenen Distributionen, installierten die Teilnehmer die Linux-Distributionen von Debian, Open-Suse und Linux Mint. Dabei konnten sie auswählen, ob sie Linux neben Windows installieren oder komplett umsteigen. Die meisten entschieden sich für den Komplettumstieg, nachdem sie ihre Daten gesichert hatten und die Festplatten entsprechend eingerichtet hatten.

Nach vier Stunden konnte jeder der Teilnehmer mit einem neuen Betriebssystem auf seinem Rechner nach Hause gehen. Zuvor bildeten die Teilnehmer noch Unterstützer-Teams und verständigten sich auf regelmäßige Treffen. Diese Linuxtreffen werden offen für alle Interessierten sein und der Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen. Als erster Folgetermin ist Anfang Juli geplant, in dem es um einen tieferen Einblick in Linux und die Systemverwaltung gehen soll. Der Termin wird rechtzeitig auf der Seite www.hebwerk-eberswalde.de veröffentlicht.

SVEN GUMBRECHT

Dank an Wähler

Die Wählergruppe ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE hatte sich zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014 die Ziele gestellt, ein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde zu erreichen und mit ihrem Kandidaten zur Wahl des Ortsvorstehers im Brandenburgischen Viertel die meisten Stimmen zu gewinnen. Beide Ziele haben wir erreicht.

Die ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE erhielt bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung nach dem vorläufigen Endergebnis 1.133 Stimmen. Das sind 3,4 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Im Wahlkreis 1 (Finow, Brandenburgisches Viertel, Spechthausen) wurde die ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE sogar nach CDU, Linken und SPD viertstärkste Kraft.

Das Mandat der ALTERNATIVEN LISTE EBERSWALDE in der Stadtverordnetenversammlung wird CARSTEN ZINN wahrnehmen, der in seinem Wahlkreis die zweithöchste Stimmenzahl aller Bewerberinnen und Bewerber errang.

Bei der Wahl des Ortsvorstehers im Brandenburgischen Viertel wählten nach dem vorliegenden Endergebnis 499 Einwohnerinnen und Einwohner unseren Kandidaten CARSTEN ZINN. Das sind 44,4 % der abgegebenen gültigen Wählerstimmen und deutlich mehr als seine beiden Mitbewerber erreichten.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die mit ihrer Stimme für die Wahlvorschläge der ALTERNATIVEN LISTE EBERSWALDE unseren Wahlerfolg möglich gemacht haben.

Besonderer Dank gilt dabei all jenen, die uns vor und während des Wahlkampfes aktiv unterstützten oder uns mit ihrem Wohlwollen und ihren Sympathien Rückhalt gaben.

Zur Wahl des Ortsvorstehers für das Brandenburgische Viertel wird es am 15. Juni 2014 eine Stichwahl zwischen Carsten Zinn, dem Kandidaten der ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE, und dem Zweitplatzierten Hans-Jürgen Müller (Die Linke) geben.

Ortsvorsteher wird, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält, vorausgesetzt, daß mindestens 15 % der Wahlberechtigten für ihn stimmen. Wird dieses Quorum wegen zu niedriger Wahlbeteiligung nicht erreicht, wird es für das Brandenburgische Viertel keinen Ortsvorsteher mehr geben. Nach Kommunalverfassung § 45 Absatz 3 liegt dann nämlich ein Ortsteil ohne Ortsteilvertretung vor.

Wählergruppe

»ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE« (ALE)



Grüne erfreut über Wahlergebnis

Wir bedanken uns bei allen unseren Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen. Ganz herzlich danken wir auch allen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern, die für einen reibungslosen Ablauf der Wahl sorgten und bis tief in die Nacht Stimmen auszählten.

Wir freuen uns, daß wir in der neuen Wahlperiode mit deutlich mehr Abgeordneten als bisher im Barnim vertreten sein werden. Im Kreistag werden jetzt 4 Abgeordnete eine stärkere Fraktion bilden und auch in Bernau, Biesenthal und Panketal konnten wir jeweils einen Sitz hinzugewinnen und sind in Fraktionsstärke

ke vertreten. In Ahrensfelde, Parsteinsee und Schorfheide gingen Bündnis 90/Die Grünen erstmals ins Rennen und konnten jeweils ein Mandat erringen. In Parsteinsee kam Elke Rosch als Bürgermeisterkandidatin auf sehr gute 40 Prozent. In Eberswalde gratulieren wir Karen Oehler zu ihrem erneut starken Ergebnis. Hier konnten wir unter schwierigen Konkurrenzverhältnissen wieder 3 Mandate gewinnen. Auch darüber freuen wir uns und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit mit allen, die Eberswalde weiter voran bringen wollen.

STEFAN BÖHMER

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE:

Wieder stärkste politische Kraft im Barnim

Die Kommunalwahl und die Wahl für das Europaparlament sind nun Geschichte. Unser Wahlziel, stärkste Kraft im Landkreis zu bleiben, haben wir das dritte mal in Folge erreicht. Bei der Europawahl haben uns 24,7 % der Wählerinnen und Wähler im Barnim das Vertrauen geschenkt, bei der Wahl zum Kreistag waren es sogar 24,9 %. Auch in vielen Orten konnten wir unsere Spitzenposition behaupten. In Bernau erreichte DIE LINKE eine Zustimmung von 31,3 %, in Eberswalde gingen wir mit 21,4 % knapp vor der SPD als Sieger hervor.

Dafür möchten wir allen Wählerinnen und Wählern recht herzlich danken!

Unser Dank gilt auch allen Mitgliedern des Kreisverbandes der Partei und der Jugendorganisation 'solid sowie unzähligen Sympathisanten, die in den letzten Wochen einen engagierten Wahlkampf geführt, die Plakate geklebt und aufgehängt haben, Wahlmaterialien verteilt und ihre Freizeit für dieses insgesamt gutes Abschneiden geopfert haben. Es ist natürlich auch ein Ergebnis, das seinen Ursprung in der aufopferungsvollen Arbeit unserer Abgeordneten im Kreistag, in den Stadtverordnetenversammlungen, in den Gemeindevertretungen und Ortsbeiräten hat.

Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß wir leider auch Verluste hinnehmen mußten: Zur Kreistagswahl wählten uns ca. 3,5% weniger als bei der letzten Kommunalwahl, und zur Europawahl haben wir zwar 3000 Stimmen dazugewonnen, aber durch die hohe Wahlbeteiligung 6,7% verloren. Über die Ursachen wird im Detail noch zu reden sein. Ungeachtet dessen ist eines ganz sicher: In der neuen Wahlperiode werden wir noch konsequenter unser Ziel – »100 % sozial – Ein Barnim für alle« – verfolgen. Versprochen!

SEBASTIAN WALTER

»Splittergruppen« hielten ihren Anteil

In der Mai-Ausgabe versuchte ich eine Erklärung, warum zur Stadtverordnetenwahl so viele »Splittergruppen« angetreten sind. Das Wahlergebnis widerspricht meinen Argumenten und gibt mir zugleich recht.

Die drei »großen« Parteien gewannen insgesamt hinzu. Sie haben jetzt 22 der 36 Sitze in der Stadtverordnetenversammlung inne (LINKE: 8, SPD: 7, CDU: 7) gegenüber 20 Sitzen nach der Wahl von 2008 (LINKE: 9, SPD: 7, CDU: 4). Eindeutige Wahlgewinnerin ist die CDU, die 2008 sogar hinter der FDP lag. Letztere sackte von 5 auf 3 Sitze ab. Die fünfte auf Bundesebene etablierte Partei, Bündnis 90/Die Grünen, behielt 3 Sitze. Das heißt nichts anderes, als daß die etablierten Parteien insgesamt 28 Sitze haben, wie schon 2008.

Im Umkehrschluß bedeutet das aber auch, daß die nichtetablierten »Splittergruppen« ihren Sitzanteil von 8 ebenfalls halten konnten. Allerdings zeigte sich eben, daß es sich um »nicht-etablierte« Gruppen handelt. Lediglich die Bürgerfraktion Barnim (BFB) und das Bündnis für

ein demokratisches Eberswalde (BdE) gab es in der Form schon 2008. Die Allianz freier Wähler um Dr. Günther Spangenberg trat damals im Rahmen der Listenverbindung BKB/Freie Wähler an und Dr. Hans Mai, der 2008 als Einzelkandidat sein Mandat errang, baute um sich herum die Wählergruppe »Die Unabhängigen« auf, um seine Wiederwahl sicher zu machen. Was ihm erfolgreich gelang.

Diese vier Gruppierungen kamen 2008 auf 8 Sitze, jetzt auf 5 (2 für die BFB, je 1 für die anderen). Zwei neue Gruppen kamen ins Stadtparlament. Die Bürger für Eberswalde um den ehemaligen FDP-Abgeordneten Götz Herrmann mit 2 Sitzen und die Alternative Liste für Eberswalde um Carsten Zinn mit 1 Sitz.

Die »Splittergruppen« konnten also ihren Anteil halten, obwohl ihnen als »Nicht-etablierte« die festen Strukturen fehlen und sie noch weitgehend auf der Suche sind. Sie repräsentieren zusammen zwischen 20 und 25 Prozent der Eberswalder Wählerinnen und Wähler.

GERD MARKMANN

Wenn Wahlen etwas ändern würden,...

...dann wären sie verboten!

Dieses Zitat stammt von Kurt Tucholsky, einem der bedeutendsten Schriftsteller und Journalisten der Weimarer Republik. Es wird häufig sehr einseitig interpretiert. Vielmals hört man Gegenargumente wie »Wenn alle Menschen wählen würden, wäre dem nicht so« oder »Das Recht auf freie Wahlen haben wir uns mühsam erkämpft und muß tapfer verteidigt werden« bis hin zu »Die Wirtschaftslobby zieht ihre Fäden im Hintergrund und nur mit Wahlen können wir das ändern«.

Die Ohnmacht des Volkes, daß nach der Wahl sowieso das gemacht wird, was die gewählten »Volksvertreter« in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft (oder besser umgekehrt) vorschlagen und durchsetzen, ist nur ein Puzzleteil von vielen. Das Zitat kann jedoch viel breiter interpretiert werden. Doch dazu muß man erstmal ein wenig ausholen...

Wir Menschen in den Industrieländern, in Europa und allen voran in Deutschland, sind alle satt! Armut aus Nahrungsmangel gibt es hier nicht, soziale Armut dafür umso mehr. Wir sind mit Konsum so überschüttet und vollgefressen, daß wir offensichtlich kaum noch klare Gedanken fassen können und die wesentlichen Dinge, die diesen Planeten bewegen, aus den Augen verloren haben.

Die Probleme dieser Welt, ganz egal ob im global Großen oder regional Kleinen, lassen sich nur mit einer offenen Diskussion angehen. Hierzu müssen grundsätzliche Systemfragen gestellt werden, hinsichtlich Themen wie Welthunger, Klimawandel, Energiepolitik, Bildungssysteme oder das Geldsystem.

Wahlen haben hierzu nichts beigetragen. Im Gegenteil, es ist alles noch viel schlimmer geworden. Das kann in allen genannten Bereichen ohne viel Mühe in Erfahrung gebracht werden. Um diese Themen anzugehen, sind kreative und freie Geister gefragt und ja, sie tangieren auch unseren Wohlfühlbereich, den wir Menschen aus den Industriestaaten einmal kritisch betrachten sollten und endlich verlassen müssen.

Von den Wahlen ist der Akt der Revolution von der (folgenden) anhaltenden Periode des etablierten (demokratischen) Systems zu unterscheiden. Eine Revolution sorgt definitiv für Veränderungen durch zwangsweise gesellschaftliche Umbrüche und Neuverteilung und -allokation von Reichtum und Ressourcen. Die danach anhaltende Periode eines etablierten (demokratischen) Systems kristallisiert sich meist als fortschrittlicher heraus als das vorherige System. Viele Menschen sind danach stolz auf ihre Errungenschaft und wollen diese tapfer verteidigen. Die Geschichtsbücher werden

neu geschrieben und das Gros der Eltern und Lehrer beginnt mutig die Werte des neuen Systems zu leben und an die folgenden Generationen weiterzugeben.

In unserem anhaltenden demokratischen System finden jedoch keine Innovationen in Systemfragen statt. Stattdessen sind die großen Aufreger in unseren Breitengraden die Rente mit 63, hygienische Bedingungen bei Burger King oder die Steuerzahlungsmoral der Superreichen, allen voran Uli Höneß. Sind das die richtigen Themen unserer Zeit? Können Wahlen hierzulande wirklich etwas ändern? Die Facetten sind recht vielseitig und komplex und müssen im Ganzen betrachtet werden.

In einer Partei unterliegst du dem Fraktionszwang und bei der Kanalisierung des Gros der Meinungen zu den Themen im Parteiprogramm geht schon viel kreatives Potenzial verloren. Da kann man noch so ein Freigeist und Querulant in der Partei sein. Der Fraktionszwang und das Bekennen zu einer Partei, egal ob schwarz, rot, gelb, grün oder blau erzeugen Konkurrenzdenken und sind nicht förderlich für ganzheitliche parteiübergreifende Systemdiskussionen.

Bei den Parteimitgliedern spielt auch der Gedanke eine Rolle, einen (gut) bezahlten Posten zum Broterwerb zu erlangen. Das ist prinzipiell nicht verwerflich, aber eben auch nicht für einen freien Geist förderlich. Sitzt man dann jahrelang auf einem solchen Posten, möchte man diese neu erlangte Komfortzone nicht verlassen.

Ein wenig läßt sich auch feststellen, daß Politiker, die jahrelang in Bundes- oder Landtagen tätig sind ein wenig den Bezug zu der bürgerlichen Realität verloren haben. Das kann man ihnen nicht für übel nehmen, angesichts einer omnipräsenten Presse und Öffentlichkeit und ständiges debattieren in millionenschweren Prunkbauten. Weiterhin kommt das Puzzleteil des Lobbyismus hinzu. Auf einen Bürgervertreter in Brüssel kommen unzählige Vertreter der Industrie. Ein Konzern wie Monsanto kann sich eine solche Lobby leisten, der kleinbäuerliche Ökobetrieb nicht! Zu guter Letzt

sollte der Wille des Volkes betrachtet werden. Hier spielen die Medien, als auch das »fettgefressen« sein eine große Rolle.

Der Bürger wählt bunt. Das ist sein gutes und demokratisches Recht. In den Industriestaaten wählt er aber Parteien, die ihm noch mehr, meist monetären Wohlstand, versprechen. Beim Angehen der Probleme wie Welthunger, Klimawandel, Energiepolitik oder die grundlegende Überarbeitung des Bildungs- oder Geldsystems müßte jeder einzelne von uns diesen ausufernden Konsum einmal kritisch überdenken, in globale Zusammenhänge bringen und massivst reduzieren. Eine andere fortschrittliche und auf natürlichen Prozessen beruhende neue Form der Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft müßte etabliert werden.

Zu guter Letzt müßte eine Partei doch die kritisch und allumfassenden Themen auf einer breiten Basis diskutieren. In logischer Konsequenz folgen radikale Maßnahmen in der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Um diese demokratisch zu legitimieren, müßte sie eine schier unrealistische Stimmgewalt auf sich vereinen, was vor dem Hintergrund genügend Wählerstimmen zu erlangen ein paradoxes Ziel darstellt. Der Bürger wählt trotz »fettgefressen« sein doch lieber die Wohlstandsoptimierer. Es kommt hier zu einem Stillstand und keiner Auseinandersetzung mit den wahren Problemen der Menschheit und dem radikalen Angehen der selbigen.

In der Gesellschaft regt sich zunehmend Widerstand. Jedoch fehlt das geeignete Druckventil. Das ist in diesem demokratischen System nicht vorgesehen. Häufige Argumente sind »du mußt wählen gehen, denn du hast ja die Wahl« oder »gründe doch einfach eine Partei oder schließe dich einer an, um etwas zu ändern«. Genau diese Floskeln zeigen die Hilflosigkeit in diesem System. Gegner dieses Wahlsystems polarisieren zunehmend z.B. in den Montagsdemos in mittlerweile über 40 Städten in der Schweiz und Österreich.

Es bleibt abzuwarten wie sich solche und ähnliche Bewegungen entwickeln. Das Internet und die globale Vernetzung machen den Zugang zu einer breiten Masse an Informationen und soziale Vernetzungen möglich. Doch immer wieder stehen Veranstaltungen wie die Fußballweltmeisterschaft vor der Tür, die Politiker gerne für die Verabschiedung unbequemer und bürgerbeteiligungsfreier Gesetze nutzen. Und die Bürger? Sie vergessen in solchen Zeiten ihre Verantwortung gegenüber unserem Planeten und den zukünftigen Generationen am liebsten!

Der Erste Weltkrieg begann in Hohenfinow

Am 5. Juli findet die nächste Geschichten-Wanderung des Vereins »Unser Finowkanal« statt. Wie viele von Ihnen wissen von der Geschichte, wie der Erste Weltkrieg in Hohenfinow begann?

Nach unserer Wanderung haben Sie die Möglichkeit, in der Hohenfinower Kirche an der Veranstaltung »Gedenken 100 Jahre 1. Weltkrieg. Gut Hohenfinow und Reichskanzler Bethmann Hollweg« teilzunehmen. Im Mittelpunkt steht ein Vortrag von Professor Günter Wollstein aus Köln.

Mehr dazu bald auf unserer neuen Website unser-finowkanal.de.

Professor HARTMUT GINNOW-MERKERT

Sparen fürs Klima



Nach langer Zeit kommt wieder Leben in die Alte Brauerei an der Eisenbahnstraße. Durch behutsame Sanierung wurden nicht nur die Fledermäuse geschützt, sondern der neue Edeka-Markt kann mit einer einmaligen Gründerzeit-Backstein-Verwaltung aufwarten. Doch nicht nur das ist bemerkenswert. Im Supermarkt fällt sofort eine Neuverpackung auf: Käseverpackungen, Joghurt, Frischkäse ... die ganze Palette der Kühlwaren ist durch Glastüren sorgsam vor dem Verlust von Wärme, in diesem Fall von Kühle, geschützt. Dadurch können geschätzt 50 Prozent der Energie eingespart werden, die für normale Kühltheken notwendig sind. Das ist ein echter Beitrag für den Klimaschutz und für Nachhaltigkeit!

JÜRGEN GRAMZOW

Listensammlung 2014

Die diesjährige Listensammlung der Volkssolidarität Barnim im März und April 2014 endete am 30. April und ist wiederum auf große Resonanz gestoßen. Viele private Spender und Gewerbetreibende haben sich daran beteiligt und mit ihrer Spende die Arbeit der Volkssolidarität unterstützt. Die Ergebnisse zeigen, daß die Arbeit der 59 Ortsgruppen im Wohngebiet anerkannt wird!

Den engagierten Sammlern gilt unser Dank für ihr aktives, selbstloses, oft mutiges Ehrenamt. Allen Spendern sagen wir ein herzliches Dankeschön für die Unterstützung!

Durch Ihre Spende ist es möglich, die vielfältigen Hilfs- und Beratungsangebote der Volkssolidarität auch weiterhin aufrecht zu halten.

2014 werden die Spenden gezielt für folgende Projekte eingesetzt: Für die musikalische Früherziehung in den Kitas der Volkssolidarität: Kita »Melodie« in Bernau-Süd und Kita »Wirbelwind« in Seefeld, für die Neuanschaffung einer Küche für den Jugendclub »STINO« Eberswalde, für den Erhalt der Sozial- und Rentensprechstunden sowie aller Begegnungsräume der Volkssolidarität im Landkreis Barnim und in Rüdersdorf, für die soziale Arbeit der Ortsgruppen in ihren Wohngebieten.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim e.V.

Die Barnimer Linken haben einen Plan

Barnim (bbp). Mit einem »5-Punkte-Plan für den Barnim« gingen die Barnimer Linken knapp zwei Wochen vor der Kommunalwahl am 25. Mai in die Öffentlichkeit. Damit sollte zum einen dem Wahlkampfendspurt der Partei noch einmal Dynamik verliehen werden, andererseits wurden Forderungen formuliert, die gleich zu Beginn der kommenden Wahlperiode im Kreistag Barnim die politische Arbeit der neuen Linksfraktion bestimmen soll. Dazu gehören eine »neue Bildungsinitiative Barnim«, eine Ärzteoffensive, der »Barnim Kredit« für Existenzgründer sowie die Durchsetzung des Mindestlohns, eine »Barnim Card« für Ehrenamtler sowie die Errichtung eines Kreiswerkes »ErneuerBAR« als kreisliche Energiegenossenschaft.

1. Barnimer Schulfonds und Schulsozialarbeiter als neue Bildungsinitiative Barnim

Mit einem dauerhaften Schulfonds sollen die Kommunen unterstützt werden, notwendige Investitionen in ihren Schulen durchzuführen. Dazu gehören Investitionen in Fachkabinette, Schulbibliotheken und auch Investitionen an Gebäuden, um Betriebskosten zu senken. Davon können insbesondere Grundschulen profitieren, die sich überwiegend nicht in Trägerschaft des Landkreises befinden.

Die Linke will den neuen Kreistag veranlassen, sofort die Einstellung von Schulsozialarbeitern an allen Barnimer Schulen in Auftrag geben. Der Landkreis könne und müsse diese Stellen finanzieren. Die ersten Schulsozialarbeiter sollen bereits zum Schuljahr 2014/2015 ihre Arbeit beginnen. Die Linken greifen damit Initiativen auf, welche in Bernau die Stadtfraktion der Linken und in Eberswalde die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (hier teilweise gegen den Widerstand der städtischen Linksfraktion) in Gang gebracht hatten. In beiden Städten wurden die Vorschläge am Ende nach langer und kontroverser Diskussion von den Stadtverordneten angenommen.

2. Ärzteoffensive

Die kommunale Gesellschaft für Leben und Gesundheit (GLG) ist für die Barnimer Linke der feste Anker im Barnim für die Sicherung der medizinischen Versorgung in allen Teilen des Landkreises. »Wir unterstützen alle Initiativen, die eine mobile medizinische Versorgung in den Orten unterstützen.« Der Landkreis soll in Zusammenarbeit mit der GLG eine Ärzteoffensive starten, um mehr Ärzte in den ländlichen Regionen anzusiedeln.

Ideenschmiede STINO-Club

Eberswalde (prest-ew). In einem Workshop im Jugendclub der Volkssolidarität »STINO« in Eberswalde-Westend (Heegermühler Str. 2) haben Kinder und Jugendliche am 28. Mai Ideen zu dessen Neugestaltung gesammelt. Die Jugendkoordinatorin der Stadt, Katrin Forster, hatte eingeladen.

»Was künftig in dem neuen Jugendclub im Zentrum der Stadt geboten wird, das können Jugendliche jetzt mitbestimmen«, sagte sie. »Dazu konnte jeder seine Interessen und Stärken einbringen. Wie können die Räume aussehen, was soll in ihnen gemacht werden? Wie wird das ganze Haus funktionieren? Bei all diesen Entscheidungen sollten Jugendliche dabei sein. Denn sie werden das Haus später nutzen.« Das bisher nur zum Teil als Ju-

3. Mindestlohn durchsetzen und ein »Barnim Kredit« für Existenzgründer

Zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen will DIE LINKE im Barnim ein Kleinstkreditprogramm im Gesamtvolumen von 300.000 € jährlich auflegen. So könnten Investitionen und Unternehmens-Neugründungen hier vor Ort direkt unterstützt werden. Das schaffe Arbeitsplätze und bringe neue Impulse.

Trotz gesunkener Arbeitslosenquote im Kreis gibt es hunderte Aufstocker, die von ihrer Arbeit nicht leben können. Auch die Kreisverwaltung bezahlt Reinigungskräfte und das Sicherheitspersonal nicht nach dem im Vergabegesetz vereinbarten Mindestlohn von 8,50 € je Stunde. »Wir werden das schleunigst ändern.«

4. Mobilität und Anerkennung im Ehrenamt

Ehrenamtler soll nach dem Willen der Barnimer Linken eine kostenlose Nutzung von kreislichen Verkehrsmitteln ermöglicht werden. Eine »Barnim Card« solle Ehrenamtler den kostenfreien oder ermäßigten Zugang zu Freizeiteinrichtungen in den Kommunen ermöglichen. Dazu sind Vereinbarungen zwischen dem Landkreis und den Kommunen abzuschließen.

5. Kreiswerk ErneuerBAR

Der Landkreis soll in den kommenden fünf Jahren die Eigen-Energieproduktion des Landkreises in einem Energiemix sichern. Die kreisliche Energieagentur soll die Gründung einer kreislichen Energiegenossenschaft, an der die Barnimerinnen und Barnimer sowie Kommunen Genossenschaftsanteile erwerben können, vorbereiten. Damit soll gesichert werden, daß Energie für alle im Barnim bezahlbar bleibt.

Jugendclub genutzte Gebäude an der Heegermühler Straße 2 soll künftig ausschließlich Angebote für junge Leute beherbergen. Beauftragt, die Anregungen der Jugendlichen zu sammeln und bei der Planung zu unterstützen, wurde das Büro »Stadt.Menschen.Berlin«.

Bis zu den Sommerferien soll die gemeinsame Ideenfindung abgeschlossen sein. Wer sich einbringen möchte, kann sich direkt an die Jugendkoordinatorin Katrin Forster wenden. Sie ist per Mail erreichbar (k.forster@eberswalde.de) oder am Telefon unter: 03334 / 64407. Wer mag, kann sich auch direkt an den Stadt- und Jugendclubplaner Clemens Klikar (klikar@stadt-menschen-berlin.de/ 030/897 356 31) wenden.

Ämterkrieg gegen Sportbootverein

Idylle am Rosenbecker See im Werbellinkanal soll beseitigt werden

Rosenbeck (bbp). Die idyllisch gelegene Steganlage der Interessengemeinschaft (IG) Sportboote »Rosenbecker See« e.V. besteht seit fast 25 Jahren. Nun sieht sie sich in ihrer Existenz bedroht.

Die Entstehung des gesamten Erholungsensembles mit Hausbooten und weiteren Liegeplätzen geht zurück bis in die 1970er Jahre. »Alles kleine, einfache Leute, die seit Jahrzehnten mit ihren Angehörigen und Freunden hier Erholung und Freizeit an Wasser und Wald finden«, sagt der Vereinsvorsitzende LUTZ PAPROTH. Alles in allem 150 Betroffene.

Genehmigt wurde die Anlage des Vereins auf Grundlage von DDR-Recht im Jahr 1989. Was der Verein macht, ist eigentlich politisch gewollt. Denn die Entwicklung des Wassertourismus ist erklärtes politisches Ziel des Landkreises Barnim. Viele Millionen Euro an EU-Mitteln fließen in die Projekte der Wassertourismusinitiative Nord (WIN).

Der kleine Verein am Werbellinkanal zwischen den Schleusen Rosenbeck und Eichhorst sah davon freilich nichts. Die IG funktioniert auch so. Die Steganlage mit 15 Liegeplätzen und der Wasserwanderer-Rastplatz ist in der Saison zu 100 % ausgelastet. Die naturräumliche Lage mit einfacher Ausstattung bietet eine vernünftige Ergänzung zu den Angeboten der entstandenen Marinas in Marienwerder und am Werbellinsee.

Der Verein existiert »auf der Grundlage des unentgeltlichen zivilgesellschaftlichen Engagements seiner Mitglieder und strebt keine wirtschaftliche Gewinne, sondern gemeinnützige Ziele an«, sagt der Vereinsvorsitzende. Entsprechend günstig sei die Liegeplatzgebühr für die Gäste. Eigentlich wäre angesichts des Bedarfs über eine Kapazitätserweiterung zu reden. Die Realität jedoch sieht anders aus.

»Seit 3 Jahren«, so Paproth, »wird der Verein von eifernden Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern der Ämter drangsaliert«. Mal war es die Forstverwaltung, dann das Wasserschiffahrtsamt (WSA), die eine Beseitigung von Einrichtungen des Vereins anordneten. Nun komme die Untere Bauaufsichtsbehörde des Landkreises, eigentlich für Stege gar nicht zuständig, aus der Deckung und fordert den Teilabriß der beiden Stege des Vereins, die Beseitigung der Rettungs-Plattform mit Schutzüberdachung und das Entfernen der abschließbaren Tore auf den Stegen. »Bei Verlust dieser notwendigen Grundausstattung wäre der Verein erledigt«, stellt der Vereinsvorsitzende fest. Der Wasserwanderer-Rastplatz wäre für die Öffentlichkeit verloren, weil mangels Schutz und Sicherheit keine Gäste mehr kämen und die verbliebenen Vereinsmitglieder austreten würden.

Die Bürokratie habe sich »der fixen Idee verschrieben, heute geltendes Recht anzuwenden«, wonach neben dem WSA zusätzlich die Untere Wasserbehörde beim Landkreis zustimmen muß. Das gilt aber nur für neu geplante Stege.

Der Landkreis erklärte, daß »eine zunächst angedachte Nachgenehmigung« wegen eines angeblich durch die Gemeinde Marienwerder 2013 gefaßten Beschlusses nun nicht mehr möglich sei. Der Verein aber macht Bestandschutz für seine Anlagen geltend, die schon seit 1990 und länger existieren.

»Wir streben die öffentliche, politische Diskussion an«, sagt Lutz Paproth namens des Vereins. »Wir fordern Transparenz, Klarheit und Wahrheit des Verwaltungshandelns, die Beteiligung der Betroffenen und eine objektive, vernünftige Abwägung der Güter und Interessen.« Schließlich wolle der Verein bestmögliche Sicherheit, Ordnung und ein notwendiges Minimum an Qualität und Komfort beim Betreiben der Anlage.

»Warum man den historisch gewachsenen Erholungsbereich vernichten will und wer eigentlich als Initiator dahinter steckt, blieb bis heute ein wohlgeheutes Geheimnis«, so Paproth. Das WSA verweise auf die Bauaufsicht des Landkreises, die Bauaufsicht werde laut Landrat nur auf Anzeige Dritter aktiv und verweise auf die Gemeinde Marienwerder. Der Bürgermeister von Marienwerder wiederum sagt, es sei im März 2013 für die Gemeindevertretung selbst überraschend eine Order »von oben« gekommen, welche die Gemeindevertreter zu dem Beschluß auf Abschaffung der Bootsliegeplätze gedrängt worden. »Ein bemerkenswertes Verständnis von demokratischer Selbstverwaltung und den Aufgaben eines Gemeinderates und eines Bürgermeisters, der sich 'für zuständig aber nicht kompetent' erklärt.«

Vor dem Beschluß wurde weder der zuständige Ortsbeirat beteiligt, noch die Betroffenen überhaupt informiert. Zwischen Schreiben der Beschlußvorlage und Beschlußfassung lagen keine 14 Tage. Dennoch stimmten alle 9 anwesenden Gemeindevertreter der Beschlußvorlage zu. Der »nicht kompetente« Bürgermeister verweist auf das Amt Biesenthal, das den Beschlußvorschlag und dessen Begründung vorgelegt hat. In dieser Begründung wird behauptet, es gebe keine Genehmigung und keine Zuwegung. Beidem widerspricht der Vorsitzende des IG Sportboote e.V.

Auch die Argumentation, die Steganlage liege im Bereich des Biosphärenreservats Schorfheide und sei im Flächennutzungsplan als »Wald« ausgewiesen, suggeriert falsche Voraussetzungen. »Die Steganlage des Vereins besteht länger als die Festsetzung des Biosphärenreservats und erst recht länger als der Flächennutzungsplan«, sagt Paproth. Dort hätte der Bereich von Anfang an als Fläche für »Erholung und Tourismus« ausgewiesen werden sollen, was er auch heute noch ist.

Im übrigen ziele die niedrigste Schutzzone 3 der Biosphäre »wirtschaftlich genutzte Kultur-

landschaft« auf Harmonie zwischen Mensch im Einklang mit der Natur. Die Erholung der Bevölkerung ist auch eine zentrale Funktion des Waldes gemäß Waldgesetz.

Lutz Paproth schlägt als einfachste Lösung vor, den Flächennutzungsplan der Gemeinde Marienwerder entsprechend zu ändern, stößt damit bislang jedoch auf taube Ohren.

Er vermutet, daß der Erholungsbereich, der »quasi eine Exklave Marienwerders inmitten der Zuständigkeit der Gemeinde Schorfheide« bildet, einfach zu weit weg vom Marienwerder Dorfzentrum liegt. Diese Kuriosität sei offenbar Folge einer der Gebietsreformen. Denn noch 1990 gehörte der Bereich zur Gemeinde Rosenbeck/Eichhorst, die den Beschluß zur Errichtung der Steganlage des Vereins seinerzeit gefaßt hatte.

Funktional gehört das Erholungsensemble auch heute eindeutig zu Rosenbeck/Eichhorst. Eine aus Sicht der Bauaufsicht mögliche »Heilung« durch das Einbeziehen des Erholungsbereiches in den Grünordnungsplan (GOP) der Gemeinden Joachimsthal und Schorfheide von 2013 sei wiederum an der Verweigerungshaltung Marienwerders gescheitert. Die Gemeinde habe weder dem sachgerechten Gebietstausch mit Schorfheide zugestimmt noch war sie bereit, dem GOP beizutreten.

Resultat ist ein Zuständigkeitswirrwarr. »Das Handeln der Verwaltung ist intransparent, widersprüchlich und irreführend«, stellt Lutz Paproth fest. Es gab zahlreiche Treffen unterschiedlicher Ämter hinter verschlossenen Türen, jedoch keine verantwortliche, kompetente Koordination. Vor allem fehlt eine angemessene Beteiligung der Betroffenen.

»Offenbar geht es der Verwaltung genau darum, dem Verein schrittweise die Existenzgrundlagen zu entziehen; dabei nimmt sie vorsätzlich in Kauf, daß es zu Unordnung und zu zusätzlichen Risiken für Sachen wie auch für Gesundheit und Leben der Nutzer kommt.«

Die Vereinsmitglieder wollen die Vernichtung ihres Vereins nicht hinnehmen. »Wenn das nicht gelingt, mit Hilfe der Politik zu einer vernünftigen Lösung zu kommen«, so Paproth, werde der Verein beim Verwaltungsgericht Klage erheben. Bezahlen müßten das die Steuerzahler, »wie auch die Kosten für unzählige Arbeitsstunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während der letzten drei Jahre beim Grübeln in der Amtsstube, bei den geheimen gemeinsamen Sitzungen, für Fahrten und Ortsbesichtigungen, die heimlich aufgenommenen Fotobeweise. Alles 'Leistungen' der Behörden Untere Bauaufsicht, Untere Wasserwirtschaft, Untere Naturschutzbehörde, mehrerer beteiligter Forstverwaltungen, WSA, Biosphärenreservatsverwaltung und wie sie sonst noch alle heißen. Effiziente Verwaltung und Bürgernähe im Landkreis Barnim geht anders!«

Freund und Weg- gefährte

Erinnerungen an

ROLF
RICHTERvon
Albrecht Triller

Erst relativ spät habe ich Rolf Richter kennengelernt. Da waren wir beide schon aus dem Berufsleben ausgeschieden und suchten unabhängig voneinander, unserem weiteren Leben Inhalt und Ziel zu geben. Da war es dann doch nicht überraschend, daß sich im relativ kleinen Eberswalde unsere Wege kreuzten, zumal sehr bald klar wurde, wie sehr sich unsere Lebensauffassungen ähnelten.

Es war eines der von der PDS veranstalteten »Biesenthaler Gespräche«, bei dem mich Rolfs Diskussionsbeitrag durch die klare Sprache und das hohe, geradezu wissenschaftliche Niveau beeindruckte. Die Leser der *Bamimer Bürgerpost* werden diesen Eindruck aus den vielen Beiträgen, die Rolf für dieses Blatt geschrieben hat, bestätigen können. Er war eben nicht nur ein Diplombiologe, der lebenslang auf diesem Gebiet wissenschaftlich gearbeitet hat, sondern ein allseitig gebildeter Mensch, der nie aufhörte, zu lernen und Wissen weiterzugeben.

Ich kann nicht sagen, ob es Themen gab, die ihm weniger lagen. Aber ich weiß, daß Kunst und Kultur, Städtebau und Architektur, Bildung und Erziehung, Geschichte und Politik ihn besonders interessierende Themen waren



Rolf Richter warnt den damaligen Außenminister Joseph Fischer vor Auslandseinsätzen der Bundeswehr

und ihn sein ganzes Leben besonders begleitet haben. (Als ich ihm beim Umzug von seiner Wohnung in der Schicklerstraße in die Eisenbahnstraße geholfen habe, wurde mir die »Gewichtung« der diversen Interessen- und Wissensgebiete besonders auf den Treppen körperlich spürbar.)

Bei meinem Rückblick auf unsere Gemeinsamkeiten fiel mir die Sonderveröffentlichung der *Bamimer Bürgerpost* vom 28.04.2004 in die Hände, die sich mit der Kriegswaffenschau »Unsere Luftwaffe« beschäftigte und in der auch ein Artikel von Rolf enthalten ist. Ich erwähne das, weil der Eberswalder Protest gegen die Luftwaffenschau (Mahnwache vom 20. bis 23.05.2004) gerade zehn Jahre her ist, und Rolf den Widerstand dagegen mitorganisierte. Es war sicher eines seiner wichtigsten Anliegen, für den Frieden zu wirken, weil Krieg und Gewalt keine Probleme lösen, sondern nur Tod, Not und Elend bewirken.

Rolfs Kampf gegen Krieg und Kriegsgefahr war permanenter Teil seines Lebens, den der Alltag in der imperialistisch geprägten Welt immer wieder neu erfordert. Seine Kindheitserfahrung von der Zerstörung der Städte bewegte ihn dazu, im Bundestagswahlkampf 1998 den späteren Außenminister Fischer, leider fruchtlos, mit einem Bild des zerbombten Hannover zum Frieden zu mahnen. Am 31.03.2004 holte er eine Anti-Kriegsausstellung ins Sparkassenforum nach Eberswalde. Einen besonderen Aufschwung erfuhr der Kampf um den Frieden in Eberswalde nach dem 11. Septem-

ber 2011, nachdem es schon im Zusammenhang mit dem Jugoslawienkrieg starke Proteste gegeben hatte. Rolf gehörte zu den Gründungsmitgliedern eines Bündnisses für den Frieden, das in Eberswalde eine Reihe von Friedensaktivitäten entfaltete. Es war vor allem Rolf, der die »Friedensdebatten« mit prominenten Gesprächspartnern und großem Zuspruch bei Eberswalder Friedensfreunden organisierte mit den Themen: »Lieder und Texte für den Frieden«, »Zur künftigen Rolle der Bundesrepublik im weltweiten Globalisierungsprozeß«, »Frieden in Nahost – Gibt es eine Chance?«, »Mit attac gegen den Krieg«, »Krieg gegen den Irak – wer braucht ihn weshalb«.

Für den Frieden trat Rolf auch bei der »Eberswalder Montagsdemo« auf. Den 60. Jahrestag der Eberswalder Bombennacht, in der das Stadtzentrum durch die deutsche Luftwaffe mit vielen Toten in Schutt und Asche fiel, machte er zum Thema der Montagsdemo am 25.04.2005 und mahnte zum Kampf für den Frieden. Den Eberswalder Montagsdemonstranten erklärte er sein Auftreten so:

»Liebe Eberswalder Reformgeschädigte, warum beteiligt sich ein Friedensbündnis am sozialen Protest? Wir hatten auf einer unserer Veranstaltung eine Losung, die lautet: Frieden braucht keine Kanonen, sondern Gerechtigkeit. Das Aufrechterhalten von ungerechten Zuständen mit Gewalt, und die kann man nur mit Gewalt aufrechterhalten, gefährdet den Weltfrieden. Das Aufrechterhalten ungerechter Zustände im Land gefährdet die innere Sicherheit und spaltet die Gesellschaft. Beides ist nicht zu trennen. Es gibt immer Wechselwirkungen zwischen der inneren Stabilität und der äußeren, und der äußeren und inneren Instabilität. Deswegen ist nicht übersehen, daß die sozialen Zustände, die soziale Krise und soziale Ungerechtigkeit, auch den Frieden zwischen den Völkern gefährden.

Ich kann Euch zu sagen, daß meine Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ebenfalls diesen Protest unterstützt, und ihre Mitglieder aufruft, sich daran zu beteiligen – auch die in Arbeit sind,



Rolf Richter am Jahrestag der Bombardierung der Eberswalder Innenstadt durch die deutsche Luftwaffe



Rolf Richter am Offenen Mikrofon während der Montagsdemo am 20. September 2004, mit Hartwin Schulz.

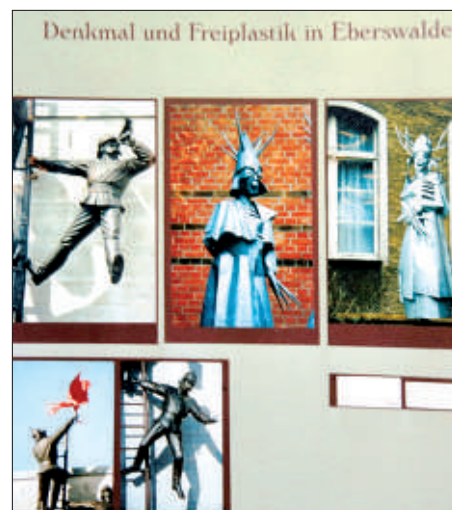
denn heute ist keiner mehr sicher, daß er nicht auch davon betroffen wird.«

Mit seinen Aktivitäten bei den Eberswalder Montagsdemos ab dem 23.08.2004 zählte Rolf zu den wesentlichen Stützen, nachdem er schon an den Demonstrationen gegen die Erwerbslosigkeit seit 1998 teilgenommen hatte. Seine Stärke war stets, das konkrete Thema der jeweiligen Demo in den großen Gesamtzusammenhang zu stellen, z.B. zur deutschen Einheit, zur EU-Verfassung, zur Rolle der Ge-

werkschaften usw. Sein Engagement für die Arbeitslosen entsprach seiner sozialen Einstellung, die seiner sozialistischen Grundüberzeugung entsprang. Ohne Mitglied der PDS, bzw. der heutigen Partei Die Linke oder einer anderen Partei zu sein, war seine marxistische Weltanschauung stets unverkennbar. Dem entsprach auch seine Mitarbeit im »Komitee für Gerechtigkeit« in der Zeit unmittelbar nach der Wende, seine Sympathie und Unterstützung der Kommunistischen Plattform in der PDS/Die Linke, für deren »Mitteilungen« er hin und wieder Beiträge schrieb, ebenso wie seine Leserbriefe zur Veröffentlichung in der Tageszeitung »Neuen Deutschland«.

War er auch nicht Mitglied, so gehörte er doch zu den Unterstützern der PDS bzw. später der Partei Die Linke. Bei den Kommunalwahlen 1998 kandidierte er auf der Liste der PDS für die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde und wurde im Januar 2001 als Nachrücker Mitglied der StVV. Als städtebaulich Interessierter arbeitete er im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt mit, in dem er zuvor schon als sachkundiger Einwohner tätig war. Neben seiner Abgeordnetenarbeit unterstützte er die Bürgerbewegten bei den Themen Wasser/Abwasser, Garagen und Erholungsgrundstücke, gegen den Flugplatzausbau u.a. Dabei vermißte er zunehmend die Unterstützung der Eberswalder PDS und wandte sich den parteiunabhängigen Wählergruppen zu.

Nach der Abwahl des Eberswalder Bürgermeisters 2006 gehörte Rolf neben einer ganzen Reihe von Bürgerinitiativen zu den Gründern des »Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde«, das mit einem eigenen Kandidaten zur



Rolf Richters Fotoausstellung: Denkmal und Freiplastik in Eberswalde

Bürgermeisterwahl antrat, und einen Achtungserfolg erzielte. Zwei Jahre später war er dann selbst Kandidat des Bündnisses für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung und in den Folgejahren für das Bündnis in Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung und des Kreistages tätig.

Als sachkundiger Einwohner engagierte sich Rolf besonders für den Erhalt und die bessere Ausstattung der Bildungseinrichtungen und die finanzielle Sicherung von Kultur und Schulen. Zu einer qualitätsvollen Stadtgestaltung erstrebte Rolf eine »grüne Stadt statt einer Steinwüste« (auf der Grundlage einer Grünflächenkonzeption), ein besseres Stadtklima, unterstützt durch eine klimaschonende, bürgerfreundliche Verkehrsplanung mit Vorrang für den öffentlichen Nahverkehr. Nach seinen Vorstellungen von Stadtarchitektur sollte der Kirchhang nicht wieder bebaut werden, um den Blick auf die Maria-Magdalenen-Kirche nicht zu verstellen. Ein persönliches Gespräch mit dem Bürgermeister zu diesem Thema war ihm noch wenig vor seinem Tod wichtig, aber ohne Erfolg.

Dabei war das Urteil des durchaus sachverständigen Laien Rolf Richter beachtenswert, was er beispielsweise durch eine Ausstellung »Denkmal und Freiplastik in Eberswalde« im Jahr 2002 in der Sparkasse Eberswalde mit seinem stadtgestalterischen Blick dokumentierte.

Ich besitze den Mut zu behaupten, daß Rolf und ich in den letzten zwanzig Jahre gute Freunde geworden sind. Charaktere wie wir beide machen es anderen nicht leicht. Aber Bequeme sind auf Dauer sehr unbequem. Wer jedoch Rolf gewonnen hat, hat – wie ich – für sich selbst viel gewonnen. Der Spruch über meinem Schreibtisch paßte auch gut über den seinen: »Der vernünftige Mensch paßt sich der Welt an; der unvernünftige besteht auf dem Versuch, sich die Welt anzupassen. Deshalb hängt aller Fortschritt vom unvernünftigen Menschen ab.« (George Bernard Shaw)

Danke Rolf.

Du wirst sicherlich nicht nur mir fehlen!



Rolf Richter als Fotograf vor dem Arbeitsamt in Finow (Eberswalder Straße) beim »Jagoda-Tag« 1998.

Ortsvorsteherwahlen

Die meisten stimmten für Carsten Zinn

Eberswalde (bbp). Alle Amtsinhaber, die wieder antraten, lagen bei den Ortsvorsteher-Direktwahlen in Eberswalde jeweils an der Spitze.

Mit 44,4 % (499 Stimmen) erzielte Carsten Zinn, der mit dem Mandat der Alternativen Liste Eberswalde im Brandenburgischen Viertel antrat, das beste Ergebnis. Sein Herausforderer Martin Hoeck (FDP), vor 6 Jahren einziger Gegenkandidat, landete diesmal mit 24 % der Stimmen (270) nur auf Platz 3. Der Kandidat der Linken Hans-Jürgen Müller lief ihm mit 31,6 % (355) den Rang ab und wird sich nun am 15. Juni in der Stichwahl erneut mit dem bisherigen Amtsinhaber messen.

Ähnlich souverän distanzierte in Finow der Bewerber der CDU Reinhard Fischer mit 39 % (1.082 Stimmen) seine vier Mitbewerber. Amtsinhaber Arnold Kuchenbecker (SPD) trat hier nicht wieder an. Auch hier kam der Kandidat der Linken, Karl-Dietrich Brückner, in die Stichwahl. Er kam auf 22 % (610) und verwies den SPD-Kandidaten Ringo Wrase, der auf 20,7 % (575) kam knapp auf Platz 3. Otto Baaz vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde kam auf 14,7 % (408) und Ronny Fölsner (FDP) auf 3,7 % (102).

Im Ortsteil Eberswalde 2 kam Amtsinhaber Wolfgang Sachse (DIE LINKE) auf 36,7 % (832) vor Winfried Bohn von der CDU, der auf 28,2 % (639) kam. Mit 26,8 % (607) verfehlte Conrad Morgenroth (Bürgerfraktion Barnim) knapp den Einzug in die Stichwahl. Dr. Charlotte Canditt (FDP) erzielte 8,4 % (191).

In Eberswalde 1 ging das Rennen knapper aus. In die Stichwahl gehen Amtsinhaberin Karen Oehler mit 31,1 % (1.428) und Frank Banaskiewicz (Bürgerfraktion Barnim) mit 28,3 % (1302). Hier kam der Bewerber der Linken nicht in die Stichwahl. Mit 27,2 % (1250) lag Ingo Rätz aber nur knapp hinter dem Zweitplatzierten. Den letzten Platz belegte auch hier die FDP-Kandidatin. Jana Wilke kam auf 13,4 % (616).

Die letzte Kommunalwahl

Eberswalde (b90/bbp). Mit einer öffentlichen Mitgliederversammlung erinnerten die Barnimer Bündnisgrünen an die letzten Kommunalwahlen in der DDR vor 25 Jahren.

Am 7. Mai 1989 waren vielerorts Aktivisten der damaligen Bürgerbewegungen in der DDR bei der Stimmenaushändigung präsent. Was sie mitgeschrieben hatten, wick zuweilen sehr deutlich von den später veröffentlichten Wahlergebnissen ab.

Die Proteste gegen diesen Wahlbetrug kulminierten im Herbst 1989 in Massenprotesten, in deren Folge die Macht der SED wie ein Kartenhaus zusammenbrach. Bündnis 90/Die Grünen nahmen das Datum zum Anlaß, an die friedliche Revolution zu erinnern, Zeitzeugen zu hören und zu diskutieren.

Wie wichtig ist eine Unterschrift? (2)

Jeder kennt das: Ein Gebührenbescheid im Briefkasten. Sieht aus wie ein Formular, ein Computerausdruck, natürlich nicht unterschrieben. Die Person, die den Bescheid erstellt hat, ist auch nicht genannt. Wenn ich Glück habe steht da: »IhrTeam!« Und dann steht da die Formel: »Dieser Bescheid wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig«. Viele von uns glauben, daß das tatsächlich so ist.

Jeder von uns tut gut daran, nicht unterschriebene Briefe – welchen Inhalts auch immer – genau zu prüfen und dann zu entscheiden, ob das Papier wirklich gilt, auch ohne Unterschrift, oder ob es nicht doch klüger (ganz sicher korrekter!) ist, auf einer Unterschrift zu bestehen.

Es kann doch nicht sein, daß ich z.B. einem Verwaltungsakt widerspreche oder ihn zurückweise, weil er nicht unterschrieben ist und der Widerspruch, die Zurückweisung nicht gelten, weil sie »formfehlerhaft« sind, etwa weil die Unterschrift fehlt. Sollte ich wegen Mißbrauchs etwa eines Kopfbogens einem Betrüger aufgesessen sein, dann wäre wohl die Behörde, etwa das Landratsamt, die erste, die mir den Vorwurf macht, daß ich hätte genauer hinsehen müssen, zumal ja jede Unterschrift fehlt.

Wir haben alle gelernt und unsere Kinder und Enkel lernen es wohl immer noch: »Vor dem Gesetz sind alle gleich«. Ich habe (wer auch noch?) die Erfahrung gemacht, daß Amtspersonen, Landräte, Anwälte, Richter, Verwaltungsangestellte und Bürgermeister offensichtlich etwas gleicher sind! Die glauben, nicht unterschreiben zu müssen. Liegt das vielleicht daran, daß sie keine Verantwortung übernehmen wollen?

Oder wer kennt das nicht: Der Anwalt ist »nach Diktat verreist« und hat deshalb nicht unterschrieben. Egal, was danach passiert, er ist fein raus, er hat ja nicht unterschrieben!

Noch ein Beispiel: Das Gericht schickt einen Beschluß oder ein Urteil, natürlich nicht unterschrieben, lediglich ausgefertigt und abgezeichnet (paraphiert) von einem Justizbeschäftigten. Übernimmt der z.B. Justizobersekretär, die oft in einem stattlichen Euro-Betrag ausgewiesene Verantwortung, die eigentlich der Richter tragen müßte? Wohl nicht! Urteil oder Beschluß mit Krickel, das soll gelten?

Nein, es gilt nicht! Es genügt nicht der Schriftform und damit nicht dem Formerfordernis des § 70 Abs. 1 Satz 1 VwGO. Das wissen wir nun! Der Hinweis auf die angeblich beim Gericht liegenden, unterschriebenen Originale ist nur eine faule Ausrede. Nicht einmal diese – angeblich unterschriebenen – Originale werden kopiert und beglaubigt, sondern nur das, was sich frisch ausdrucken läßt ohne die geringste Spur einer Unterschrift. Das heißt dann »Ausfertigung«.

Auch das wissen wir! Und wir sollten immer daran denken, nicht zuletzt, um uns vor Schaden zu bewahren.

JOHANNES MADEJA

Interaktive Karte zum Eberswalder Radverkehr

Eberswalder Bündnisgrüne schalten interaktive Radverkehrskarte frei

Die Eberswalder Grünen engagieren sich seit Jahren für bessere Radfahrbedingungen in der Stadt. Viele Initiativen innerhalb und außerhalb des Stadtparlaments wurden dazu ergriffen und inzwischen auch Einiges erreicht. Trotzdem ist die Gesamtsituation noch lange nicht zufriedenstellend. Die Stadtfractionsvorsitzende Karen Oehler sagt dazu: »Wir möchten

in diesem Bereich endlich spürbare Fortschritte. Wir wollen, daß sich Radler im Eberswalder Stadtgebiet sicher fühlen und es Spaß macht, hier in die Pedale zu treten. Nur so wird es gelingen, immer mehr Menschen zum Radfahren zu bewegen und den Anteil des Kfz-Verkehrs zu senken.«

Dafür hat der Eberswalder Stadtverordnete Prof. Johannes Creutziger eine internetbasierte Fahrradkarte entwickelt. Auf einfache Art und Weise kann hier jeder Vorschläge für Verbesserungen zugunsten des Radverkehrs, Mängel im Radwegenetz, Gefahrenstellen und natürlich auch Beispiele für gelungene Lösungen und Geheimtipps für Radler selbst eintragen. Diese Informationen werden dann allen Radbegeisterten zur Verfügung stehen und sollen für Initiativen in Richtung Stadtverwaltung und Stadtpolitik genutzt werden.

Johannes Creutziger: »Verbesserungen für Radler müssen nicht immer viel Geld kosten. Mit Pinsel und Farbe für Markierungen, der Absenkung eines Bordsteines oder der Beseitigung eines Hindernisses ist oft viel zu erreichen. Wir laden alle Bürger ein, ihre Ideen in die Karte einzutragen und werden versuchen, für ihre Umsetzung zu sorgen.« Die Radkarte findet man auf www.gruene-barnim.de. KARL-DIETRICH LAFFIN



Die Bäume müssen bleiben Finowkanal

Baufreiheit für ein neues Nahversorgungszentrum in Westend

Eberswalde (bbp). In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde in der abgelaufenen Wahlperiode am 22. Mai stand u.a. der Einleitungsbeschuß für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 406 »Westend-Center« auf der Tagesordnung. Auf dem Gelände der einstigen Märkischen Elektrizitätswerke an der Heegermühler Straße soll ein Einzelhandelsnahversorgungszentrum entstehen, das mit Wohnbauten ergänzt werden soll. In Eberswalde gibt es insgesamt keinen Mangel an Einkaufsgelegenheiten. In Westend sieht das etwas anders aus. Die beiden Supermärkte am Bahnhof und zwischen Westendkino und Kranbau decken den Bedarf nur teilweise ab, nachdem die frühere Kaufhalle in der Triftstraße bereits vor Jahren geschlossen und schließlich abgerissen worden war. Somit war kaum mit Widerspruch durch die Stadtverordneten zu rechnen.

Fragen und Kritik gab es dennoch. KAREN OEHLER (Bündnis 90/Die Grünen) fragte beispielsweise, wie sich die Planungen mit dem Einzelhandelskonzept vertragen. Sie sah da Diskrepanzen, denen Baudezernentin ANNE FELLNER widersprach. Ein Bebauungsplan sei eine eigenständige Satzung, deren Festlegungen dann gelten. Professor JOHANNES CREUTZIGER, Fraktionskollege von Oehler, fragte nach der Erreichbarkeit des Nahversorgungszentrums von der Triftstraße aus. Hier antwortete die Baudezernentin, daß die Beantwortung dieser Frage Bestandteil der Entwurfsplanung sein werde. Sie hoffe ohnehin, daß es nach der Erschließung des Bereichs weitere Entwicklungen geben werde, wie z.B. die Nutzung der Kleinbahntrasse für einen Rad- und Fußweg.

Die Fraktion DIE LINKE/ALLIANZ FREIER WÄHLER (DL/AfW) hatte ihren Einwand als Änderungsantrag formuliert. Die Fraktion kritisierte, daß die vorliegenden Planungen des Investors eine vollständige Beseitigung des vorhandenen Baumbestandes beinhaltete. Insbesondere ging es dabei um zwei stattliche Eichen mit einem Stammdurchmesser von ca. 50 bis 70 cm, die den alten Torbereich säumen. Die müßten weg, weil sie dem »städtebaulichen Konzept der Blockrandbildung durch Gebäude entgegen« stünden. Ein paar Zeilen vorher war jedoch ausgeführt worden, daß diese »Blockrandbildung« mittels zu errichtender Gebäude in der örtlichen Bauflucht an der Heegermühler Straße »durch zusätzliche Baumpflanzungen« unterstützt werde. Diese neuen Bäume



sollen fast exakt an den Stellen gepflanzt werden, wo der vorhandene Baumbestand der Säge anheim fallen soll. Die Fraktion DL/AfW schlußfolgerte deshalb: »Es kann somit davon ausgegangen werden, daß der Erhalt der vorhandenen Bäume dem städtebaulichen Ziel einer Blockrandbildung am besten entspricht. Hinzu kommen ökologische Aspekte, die für einen unbedingten Erhalt des vorhandenen Baumbestandes sprechen. Ökologische Gründe sprechen auch für eine angemessene Begrünung der geplanten Kfz-Stellplätze«, was in dem Änderungsantrag ebenfalls gefordert wurde.

»Für die inhaltlichen Intentionen des Änderungsantrages habe ich große Sympathien«, sagte Baudezernentin ANNE FELLNER. »Sie haben mein Wort, daß wir uns für den Erhalt dieser Bäume einsetzen werden.« Es habe deswegen schon Gespräche mit dem Investor und der Unteren Naturschutzbehörde gegeben. Der Einleitungsbeschuß für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan sei jedoch formal nicht dafür geeignet, diese Forderung umzusetzen. Zunächst müsse der Vorhabenträger sein Vorhaben formulieren. Erst dann können Einwände diskutiert werden.

WOLFGANG SACHSE von der Linksfraktion, der zugleich Ortsvorsteher des Ortsteils Eberswalde 2 ist, zu dem Westend gehört, sagte nichts zum Erhalt der Bäume und zur Begrünung des Parkplatzes, hielt es aber für notwendig, auf die bereits von der Baudezernentin dargelegten rechtlichen Verhältnisse nochmals hinzuweisen, um festzustellen: »Wir werden den Änderungsantrag ablehnen«.

Dazu kam es allerdings nicht, weil die Fraktion DL/AfW ihren Änderungsantrag unter Bezugnahme auf das Versprechen der Baudezernentin zurückzog. Der Bebauungsplan wurde sodann bei einer Gegenstimme (ALBRECHT TRILLER vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde) und zwei Enthaltungen (die beiden bündnisgrünen Stadtverordneten) mehrheitlich angenommen.

Grüne fordern Modellprojekt des Bundes

Die Kritik der CDU an der Landesregierung greift aus grüner Sicht ebenso zu kurz wie die Kritik von Sebastian Walter (DIE LINKE) an der CDU. Es hat keinen Sinn, wenn sich die beteiligten Akteure gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben. Wir brauchen handfeste Lösungen zum Erhalt der Schiffbarkeit – und zwar so schnell wie möglich.

Wenn es die CDU ernst meint mit ihrem Bekenntnis zum Finowkanal, dann soll sie auf Bundesebene Modellprojekte durchsetzen, mit denen verschiedene Möglichkeiten zur Übertragung von Bundeswasserstraßen in neue Bewirtschaftungsformen gefördert werden. Die Finowkanal-Region ist sicher in der Lage, sich mit einem guten Konzept an einem solchen Wettbewerb zu beteiligen.

Der Bund muß ausreichende Mittel für die Sanierung des Kanals bereitstellen und sollte die Region dabei unterstützen, ein tragfähiges Betreibermodell auf die Beine zu stellen. Erst dann können wir uns hier – auch mit Hilfe des Landes – an die weiteren Aufgaben machen und ein umfassendes Konzept für die Zukunft der Kanalregion umsetzen. Denn langfristig geht es um mehr als den Erhalt der Schiffbarkeit. Es geht um eine der ältesten künstlichen Wasserstraßen Deutschlands mit großer landeshistorischer Bedeutung und einem reichen Erbe an industrieller Baukultur. Gleichzeitig reden wir von einem ökologisch sensiblen Gewässer, in dem bedenkenloses Baden und Angeln endlich wieder möglich sein sollte.

Nicht nur hier am Finowkanal wird nach Lösungen gesucht, wie mit den Wasserstraßen des Bundes umgegangen werden soll, die nicht mehr für den Wirtschaftsverkehr gebraucht werden. Der Bund sollte daher an modellhaften Lösungen interessiert sein. Ein Modellprojekt wäre auch deshalb von Vorteil, weil hier in der Regel unbürokratischer und kreativer agiert werden kann. Unsere Region muß dabei natürlich geschlossen gegenüber Bund und Land auftreten.

KAREN OEHLER

Radforum Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Die Entwicklung der Radwege mitzuplanen, hat Baudezernentin Anne Fellner alle Eberswalderinnen und Eberswalder zum 3. Juni, um 18 Uhr, in den Glaszwischenbau des Wunderlich-Kreishauses eingeladen. Die Ideen der Bürger werden außerdem auf einer Internetseite gesammelt werden. »Der Radverkehr gewinnt zunehmend an Bedeutung und nimmt natürlich auch in Eberswalde einen hohen Stellenwert ein. Der Stadt ist es daher ein besonderes Anliegen, die Rahmenbedingungen für den Radverkehr insgesamt zu verbessern«, so die Baudezernentin. Als Ergebnis des Forums soll ein Radnutzungskonzept für die Stadt Eberswalde erarbeitet werden.

Doch die Gesetze, von Parteien gemacht, schützen die große Wirtschaft, und wenn es der großen Wirtschaft gefällt, macht sie Menschen erwerbslos. Um die Erwerbslosen als Reserve der Wirtschaft am Leben zu halten – die Wirtschaft braucht ja Reserven – hat man sich einiges ausgedacht. Doch das ist nur zum Sterben zuviel. Zum Leben ist es zu wenig. Wer längere Zeit erwerbslos ist, hat nicht mal das Geld, um Vater und Mutter zu besuchen, wenn sie in einer anderen Region wohnen. Deshalb fürchten die meisten Erwerbstätigen, ihren Erwerbs-Arbeitsplatz zu verlieren. Die Furcht gefällt der Wirtschaft. Sie braucht die Erwerbstätigen nicht mit Peitschen anzutreiben. Die Wirtschaft treibt sie an durch Angst um den Arbeitsplatz. Das ist eleganter als früher, doch hinterhältig. Nun müssten Parteien Gesetze schaffen, die dem Grundgesetz gerecht werden. Da müßten Parteien schon längst etwas getan haben. Doch da hat sich nichts getan. Im Gegenteil:

Es war ums Jahr 2002, da begann die große Welle der »Teilzeit-Arbeit«. Millionen Menschen wurden durch die Wirtschaft überrumpelt, und das ging beispielsweise so: Vor allem Frauen mit Familie empfanden 40 Stunden Arbeitszeit pro Woche als allzu sehr belastend. Sie wollten gern auf einer Vollzeit-Arbeitsstelle tätig sein, aber nicht 40, sondern 30 Stunden pro Woche. Doch was geschah stattdessen? Von Unternehmensführungen wurden Vollzeit-Stellen halbiert: Halbiert wurde die indivi-

Bundestagswahl 2013 – und was dann? (Teil 8)

Das Menschenrecht auf Arbeit

von Dr. Rainer Thiel

Schon bisher wurde illustriert, wie Parteien das Grundgesetz GG unterlaufen. Nun möge noch ein highlight folgen. Das hat mit dem Menschenrecht auf Arbeit zu tun. Mit Arbeit erwerben die Menschen ihren Lebensunterhalt. Ein sinnvolles Maß an sinnvoller beruflicher Arbeit gehört zur freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Das Recht dazu gehört zur Menschenwürde nach Grundgesetz Artikel 1.

duelle Arbeitszeit, und halbiert (!!!) wurde das Gehalt. In einem Supermarkt, wo ich meinen Proviant einkaufte, sprach ich mit Angestellten: »Früher waren Sie vier Frauen in der Schicht, jetzt sind Sie nur noch zwei. Aber ich sehe, wie Sie von der Kasse zu den Regalen rennen und von den Regalen wieder zur Kasse. Die Arbeit ist dieselbe geblieben, doch Sie müssen jetzt für zwei Personen arbeiten. Nur das Geld für zwei Arbeitskräfte kriegen Sie nicht.« Die Frauen freuten sich, daß sich jemand für ihr Schicksal interessiert. Sie ließen auch erkennen, daß sie nach der Halbschicht k.o. sind, wie zuvor bei der Vollschicht. Ich fragte sie auch, was sie jetzt verdienen. »Das darf ich Ihnen nicht sagen«, antworteten sie mir. Doch als ich ihnen sagte, für Ihre Arbeitsleistung bekämen sie jetzt nur noch die Hälfte, widersprachen die Frauen nicht. Dreißig Wochenstunden mit Entgeltausgleich – das hätte ihnen gut getan. Stattdessen wurde die sogenannte Teilzeitarbeit durch die

Unternehmen forciert. Da hatte ich längst begonnen (1998), für allgemeine Arbeitszeitverkürzung zu werben, in der Hoffnung, von der Linkspartei – damals PDS – würde das Thema aufgegriffen. Die Forcierung der Teilzeit wäre ein neuer Anlaß gewesen, öffentlich über allgemeine Arbeitszeitverkürzung zu sprechen. Doch nichts geschah. Eine verheißungsvolle Leserbrief-Reihe 2002 in der sozialistischen Tageszeitung »Neues Deutschland« wurde mit Hilfe eines Ökonomie-Professors aus der SED abgebrochen. Da schrieb ich über mein Konzept in www.thiel-dialektik.de: »Fangt endlich an mit Politik«. Dabei ist das Thema schon uralte.

Ausführlich habe ich mich dazu geäußert in meinem Text »Wie lange noch die Angst um Arbeitsplätze? – Wir wollen frei von Angst sein«, gedruckt im Sammelband »Kaltes Land – Gegen die Verrohung der Bundesrepublik – Für eine humane Demokratie« (Laika-Verlag Hamburg 2012).

Fortsetzung folgt

Solarbootregatta

Europameisterschaft am 14. Juni

In Wildau am Werbellinsee findet nun schon im vierten Jahr die Europameisterschaft für Solarboote statt. 16 Teams aus verschiedenen Bundesländern, Polen und den Niederlanden fahren in drei EU-Klassen um den Titel. Die bis zu 28 Km/h schnellen Solarboote belegen die technische und fahrerische Kompetenz ihrer Teams in den Kategorien Sprint, Slalom und Langstrecke.

Als Gäste des Solarbootvereins Berlin-Brandenburg e.V. sind Sie auf dem Areal des Kanuclubs Wildau herzlich willkommen. Gern dürfen Sie auf der Solar Explorer, dem Solarforschungsschiff der Biosphäre Schorfheide-Chorin, das Regattageschehen aus nächster Nähe beobachten. Womöglich parken Sie Ihr Auto und fahren von dort am Nachmittag zum Start der Langstreckenprüfung.

Wenn Sie gern einmal den Schülern, Studenten und Veteranen der Solarbootszene bei einem spannenden Event zuschauen möchten, bitte ich um Ihre vorherige Anmeldung an info@solarbootregatta.de. Wir senden Ihnen dann das Programm und weitere Informationen per Email zu.

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT
Unser Finowkanal e.V.i.G.
www.unser-finowkanal.de

Breitband-Internet im Kreis Barnim

Eberswalde (prest-bar). Im gesamten Landkreis gibt es hinsichtlich des Breitband-Internets unterversorgte Flecken. Das hat zum einen geografische Gründe. Zum anderen ist im Barnim Anfang der 1990er Jahre das damals moderne Hytas-Glasfaserkabel verlegt worden, das nun nicht DSL-tauglich ist (Amt Britz-Chorin-Oderberg, Raum Werneuchen und Ahrensfelde). All diese Flecken sind für Telekom-Unternehmen nicht wirtschaftlich zu erschließen und zu betreiben. Daher sind Förderungen notwendig. Seit 2009 gibt es im Landkreis einen Breitbandbeauftragten. Die WITO ließ als Grundlage für ein konzentriertes Vorgehen eine »Breitbandstudie« für den Landkreis Barnim erstellen, die im November 2010 fertiggestellt war. Seitdem verfügt jede Gemeinde über eine präzise Bestandsaufnahme der Breitbandversorgung und es wurden kompetente technische Aussagen getroffen, wie Lücken geschlossen werden können.

Im Jahr 2012 legte das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten das Programm »Glasfaser 2020« auf. Darin werden Planungsregionen ausgeschrieben und deren komplette Versorgung an ein Unternehmen vergeben. Das Unternehmen erhält die Fördermittel direkt vom Ministerium. Für den Barnim erging der Auftrag an die Deutsche Telekom. Sie wird bis März 2015 im Barnim rund

180 Kabelverzweiger (KVZ's) so ertüchtigen, daß beim letzten Kunden mindestens eine Leistung von 6 Megabit ankommt.

»Es steht außer Frage, daß eine Versorgung mit leistungsfähigem Internet heute bereits so selbstverständlich sein sollte, wie die Versorgung mit Wasser und Strom«, sagt Rüdiger Thunemann, der Breitbandbeauftragte des Landkreises. »Leider sind die technischen Gegebenheiten im ländlichen Raum oft sehr schwierig, so daß kein Anbieter eine wirtschaftlich tragbare Versorgung hinkommt«, erklärt er. Erreicht werden alle Problemgebiete des Barnims – von den Hytasarealen Werneuchen, Ahrensfelde, Britz-Chorin-Oderberg über topografische Problemzonen wie Lanke oder Klosterfelde bis zu den entlegenen Dörfern wie Lunow-Stolzenhagen oder die EJB Werbellinsee in Altenhof.

Um das Ziel der (nahezu) kompletten Versorgung zu schaffen, gibt es überall im Barnim über den Sommer kleine und große Baustellen. Im Barnim werden 123 normale KVZ neu aufgestellt und 53 in den Hytasgebieten. Ein KVZ wird in der Regel rund 190 Haushalte versorgen können. Die Förderung für die Region Barnim/Uckermark beträgt insgesamt rund 15 Millionen Euro, die Telekom gibt selber 12,5 Millionen dazu. Baustart ist im zweiten Quartal. Die Telekom vergibt 75 Prozent der Aufträge weiter, vor allem Tiefbau und Kabelarbeiten.

Satzung ist das Problem

Im Artikel »Ein Dauerproblem für einige Finower« (BBP 5/2014, S. 4) wurde von Dr. Spangenberg die Art der Erhebung von Straßenreinigungsgebühren durch die Stadtverwaltung Eberswalde kritisiert. Den dargestellten Sachverhalt kann ich aus eigener Erfahrung nachvollziehen.

Allerdings ist der richtige Adressat für diese Kritik nicht die Stadtverwaltung Eberswalde sondern die Stadtverordnetenversammlung. Denn deren Vertreter haben die Straßenreinigungsgebührensatzung, auf deren Grundlage die Gebühren berechnet werden, im Jahre 2010 beschlossen und im Jahre 2012 im Zuge der Erhöhung der Gebührensätze bestätigt. Diese Satzung läßt nach Auffassung des Verwaltungsgerichtes Frankfurt/Oder eben solche, von den konkreten Frontmetern unabhängigen, Gebührenberechnungen zu.

Mit einem ähnlichen Problem habe ich gegen die Stadtverwaltung einen mehrjährigen Rechtsstreit geführt. Zunächst als Widerspruchverfahren gegen den mir zugegangenen Bescheid über Straßenreinigungsgebühren und dann vor dem Verwaltungsgericht (VWG) Frankfurt/Oder. Im Verlauf des Verfahrens habe ich auch weitere ähnliche Fälle kennengelernt.

Ich war bisher, wie auch Dr. Spangenberg und weitere Bürger, der Meinung, daß für ein Stück Straßenfront nicht mehrfach Straßenreinigungsgebühren erhoben werden dürfen. Daß eben diese Annahme falsch ist, wurde mir vom Rechtsamt der Stadt juristisch begründet und vom VWG in einem Urteil festgestellt: »In der Frage des Gebührenmaßstabes hat der Satzungsgeber einen weiten Gestaltungsspielraum... Die Straßenreinigungsgebühr betrifft nicht den konkreten Kehrbereich vor den herangezogenen Grundstücken, sondern wird für die gesamte Straße entrichtet. Es ist auch nicht ersichtlich, daß der Kläger in seinem Grundrecht auf Gleichbehandlung ... verletzt wird ...« (Zitate aus dem Urteil des VWG vom 22.04.2013)

Aus den gesammelten Erfahrungen ziehe ich den Schluß, daß die Stadtverwaltung Eberswalde nicht der richtige Adressat für die Forderung nach einer Änderung des auch nach meinem Rechtsverständnis unhaltbaren Zustandes

bei der Erhebung der Straßenreinigungsgebühren ist. Rechtsamt und Verwaltungsgericht sind nämlich nicht der Auffassung, daß ich mich zu unrecht behandelt fühlen darf: »Der angefochtene Bescheid ... verletzt den Kläger in seinen Rechten nicht.« (Zitat aus einer Stellungnahme des Rechtsamtes)

Die Straßenreinigungsgebührensatzung der Stadt läßt nach Ansicht von Rechtsamt und Verwaltungsgericht solche Mehrfachberechnungen zu. Appelle an die Stadtverwaltung werden daher keine ändernde Wirkung haben.

Die Straßenreinigungsgebührensatzung ist von den Stadtverordneten beschlossen worden. Es ist also die Sache der Stadtverordneten hier eine Änderung herbeizuführen. Die Verwaltung wird die ihr gegebenen Möglichkeiten sonst weiter nutzen und schon auf Grund des Verwaltungsträgheitsgesetzes keine Anstrengungen zu einer gerechteren Berechnung der Straßenreinigungsgebühren unternehmen.

Nach Aussagen der Stadt entspricht die Straßenreinigungssatzung der Satzung der Stadt Potsdam. Die Satzung der Stadt Potsdam wurde jedoch in einem Urteil des OVG Berlin-Brandenburg für unrechtmäßig erklärt. Dies allerdings, weil nicht alle Beteiligten in gleicher Weise berücksichtigt wurden und daher gegenüber den tatsächlich für die Straßenreinigung bestimmter Straßenabschnitte anfallenden Kosten Mehreinnahmen erzielt werden konnten.

Für Eberswalde soll dies nach Aussagen der Verwaltung nicht der Fall sein. Hier wurden erst die Berechnungseinheiten (Summe der Frontmeter aller Grundstücke, Frontmeter eines Grundstückes gleich Länge der anliegenden und der zugewandten Grundstücksseiten), welche nicht mit den »Kehrmetern« übereinstimmen müssen, ermittelt. Die Kosten für eine bestimmte Straßenreinigungskategorie werden dann durch die für diese Kategorie ermittelten

Berechnungseinheiten geteilt und so der je »Frontmeter« zu erhebende Gebührensatz errechnet. Somit ist die Kostendeckung gesichert und kein Gewinn wird erwirtschaftet.

Ob dem so ist, kann nur durch die Stadtverordneten geprüft werden. Eine Aufgabe für das Verwaltungsgericht wäre das nicht gewesen. Ich hätte diese Prüfung durch das Verwaltungsgericht beantragen müssen.

Rechtsgutachten weisen darauf hin, daß der Frontmetermaßstab zwar gesetzlich zulässig ist, aber nicht das beste dem Gleichbehandlungsgrundsatz und der Bürgernähe entsprechende Verfahren ist. Daher sind ausgehend von derartigen Aussagen sowie den bekannt gewordenen Streitfällen Änderungen an der bestehenden Satzung der Stadt Eberswalde nicht nur angebracht, sondern dringend erforderlich, um hier die Bürgernähe wieder herzustellen.

Das Grundstück, welches mein Verfahren betrifft, hat einen trapezförmigen Grundriß. Es liegt mit einer Grundstücksgrenze von 14 m an einer durch die Stadt zu reinigenden Straße an. Eine weitere Grundstücksgrenze von 42 m Länge weist zur Straßenfront einen Winkel von 44° auf. Diese liegt allerdings hinter dem Nachbargrundstück, welches ebenfalls an die zu reinigende Straße angrenzt. Für die von mir verlangten Gebühren wird nun die gesamte Länge dieser Seite herangezogen, nicht etwa die Projektion auf die zu reinigende Straßenfront von ca. 30 m, was sich mir ja noch irgendwie erschließen würde. Somit wird die Front des Nachbargrundstückes von ca. 10 m mehr als zweimal (42 m + 10 m) zur Berechnung von Straßenreinigungsgebühren herangezogen.

Im Verlauf des Rechtsstreites wurde mir entgegengehalten, daß sich ja auch für mich durch eine höhere Anzahl an Berechnungseinheiten der Gebührensatz reduziere. Mit der vorliegenden Verfahrensweise werde ich nicht ins Unrecht gesetzt.

Nun stellt sich diese Argumentation für mich allerdings so dar: $(14 \text{ m} + 42 \text{ m}) \times 3,52 \text{ €} = 197,12 \text{ €} = 14 \text{ m} \times (3,52 \text{ €} + 10,56 \text{ €})$

Ich glaube nicht, daß sich durch den Wegfall von »Mehrfachberechnungseinheiten« eine Erhöhung des Gebührensatzes um 10,56 € ergeben würde und somit für mich ein gleichartiger Straßenreinigungsgebührensatz entstünde, wie aus der gegenwärtigen Berechnung. Durch die mir auferlegte Mehrbelastung reduziere ich somit den Gebührensatz für alle Anlieger. Dies ist aber lt. VWG keine Ungleichbehandlung.

Da mein Grundstück, durch die zur Straße schräg verlaufende Grundstücksseite in der Tiefe nicht breiter wird, ist es für mich auch nicht nachzuvollziehen, daß für ein rechteckiges Grundstück gleicher Größe (dessen Schnitt somit wohl als vorteilhafter anzusehen ist), nur für die kurze an der Straße anliegende Seite (14 m) Straßenreinigungsgebühren anfallen und für die rechtwinklig dazu verlaufende (42 m) nicht. Aber dies ist durch die bestehende Satzung eben rechtmäßig.

21. Deutscher Mühlentag

Auf in die Zainhammermühle

Die Müllerinnen und Müller laden anlässlich des Deutschen Mühlentages am Pfingstmontag, den 9. Juni, zur Straße der Mühlenkünstler von 11 bis 18 Uhr in den Garten der Zainhammermühle ein.

Programm:

- Stände der Mühlenkünstler – Grafik, Holz, Malerei, Keramik, Fotografie, Filz –
- MühleSPIEL mit handtellergroßen Mühlesteinen an tischgroßen Mühlebrettern
- Brot und Leckereien aus dem Backofen
- Besichtigung der Mühlenbaustelle

Bei Regen findet der Mühlentag im Ausstellungsraum statt.

VERONIKA BRODMANN

Die Zainhammermühle befindet sich zwischen Forstbotanischem Garten und Zoo, nahe dem Krankenhaus. Die Mühle e. V., Am Zainhammer 3b, 16225 Eberswalde.

Rentiere und Rentiers

Ein hübscher Beitrag ist das »Rentier auf dem Friedhof« durchaus. Allerdings enthält er einen kleinen, dennoch schwerwiegenden Fehler: Der auf dem Grabstein genannte »Rentier« (von denen gab es durchaus einige) lebte mitnichten von einer Rente, wie sie Bismarck konzipiert hatte. Er finanzierte seinen Lebensunterhalt (meist auch den seiner Familie) aus »Renten«, aus Zinseinnahmen von Geldvermögen. Heute noch gut bekannt als »Rentenfonds«, die hauptsächlich mit Staatsanleihen handeln. Wer von so einer Rente lebte, wurde Rentner oder Pensionär genannt, letzteres selbst dann, wenn er tatsächlich Kassenrente und keine Pension als Staatsdiener empfing.

Insofern ist der Beitrag auch ein Zeichen für die sich ändernde Sprache. Weil »Rentier« aber eben auch noch eine andere Bedeutung hat, nämlich die tierische, wird das Wort wohl nie Eingang ins Lexikon der bedrohten Worte finden. Es sei denn, die Viecher im weltweiten Hohen Norden sterben aus.

RALF NACHTMANN

Bibliothek leer leihen!

Eberswalde (prest-ew). Die Bibliothek kann ab sofort beim bevorstehenden Umzug unterstützt werden. »Leihen Sie uns leer!«, fordert Bibliotheksleiterin Sabine Bolte ihre Leser auf. Einen Monat lang haben die Bürger Zeit, sich vor den Ferien noch mit ausreichend Lektüre einzudecken. Letzter Öffnungstag in der Rathauspassage ist der 27. Juni. Jeder kann so viel leihen, wie er tragen kann. Für drei Monate!

Leserbrief der roten Oma

Beim Lesen der Barnimer Bürgerpost habe ich stets die toleranten Eberswalder Bürger vor mir, was mir gefällt. Desto größer war mein Erstaunen, als ich den Artikel zum 1. Mai über die »große Empörung« gelesen habe, die das Stalin-Bildnis auf der KPD-Fahne hervorrief.

Ein Stalin-Bild hat mich nie gestört, war er doch derjenige, der als erster Politiker ein großes Land ohne Kapitalisten und Hochadel mit seinem Volk, einen Arbeiter- und Bauernstaat, aufgebaut hat. Die Arbeiter auf einem Sechstel der Erde waren auf dem gleichen Weg. In den Augen der Kapitalisten war diese Richtung eine große Gefahr für die kapitalistische Ausbeutergesellschaft.

Selbst mit dem grausamen faschistischen Mordfeldzug haben sie das sowjetische Volk nicht auslöschen können. Aber nach Stalins Tod wurden alle Geschütze aufgeföhren, die Errichtung sozialistischer Staaten zu verhindern bzw. sie zu zerstören. Chruschtschow und Gorbatschow haben nicht nur ihr, sondern auch unser Land zum eigenen Vorteil verraten.

Die heute lebenden Kriegstreiber mit ihrem Einfluß in den Medien empören mich von früh bis spät, das kommt vom NACHDENKEN.

ELISABETH MONSICK

Der Westen und Moskau haben ein Problem

Die Angliederung der Krim an Rußland im März des Jahres ging sehr wahrscheinlich nicht ganz ohne Zutun russischer Hilfe vonstatten. Das strategische Interesse Rußlands an der zudem vorwiegend von Russen bevölkerten Krim wurde mehr oder weniger stillschweigend von allen Seiten anerkannt. Bemerkenswert war, es verlief alles sehr ruhig und es floß kaum Blut.

Bald darauf eskalierten die Ereignisse in der Ost- und Südukraine. Eine »Steuerung aus Moskau« wurde bislang nicht nachgewiesen. Im Gegenteil, Rußland tut alles, um sich rauszuhalten. Was vor allem nach dem Massaker vom 2. Mai in Odessa unter der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine und auch in Rußland selbst auf Unverständnis stößt.

Die Kriegspropaganda in den westlichen Medien interessiert die russische Zurückhaltung allerdings nur wenig. Es geht nicht darum, was das offizielle Moskau denkt oder tut. Die Politiker im Westen wissen sehr gut, daß es keine russische Invasion gibt.

Und genau das ist ihr Problem. Sie müßten anerkennen, daß die von ihnen unterstützte Putschistenregierung in Kiew einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt. Die Verantwortlichen im Westen können sich offensichtlich überhaupt nicht vorstellen, daß die Menschen in der Ostukraine von sich aus agieren.

Dabei bewegt sie nicht nur die Angst vor den ukrainischen Nationalisten. Allenthalben unterschätzt werden die handfesten ökonomischen Grundlagen. Im Osten der weitaus größere Teil des ukrainischen Bruttosozialprodukts erwirtschaftet. Zwanzig Jahre manchesterkapitalistische Oligarchenherrschaft haben die Ausgleichsfunktionen innerhalb des ukrainischen Staatsgebildes offenbar völlig außer Kraft gesetzt. Mit US- und EU-Hilfe gelang es, die ökonomischen Widersprüche innerhalb der ukrainischen Gesellschaft weitgehend in nationalistische Kanäle zu leiten.

Kritik an Freihandelsabkommen mit USA

Der ver.di-Bezirk Berlin kritisiert die Pläne der Europäischen Union, mit den USA ein sogenanntes Freihandelsabkommen zu verhandeln. Solange die Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den USA nicht umfassend geschützt sind, sollten diese Pläne nicht weiter verfolgt werden.

Immer wieder ist auch im ver.di-Bereich die Lage der Beschäftigten bei US-amerikanischen Tochterniederlassungen deutscher Firmen ein Thema. Erst kürzlich organisierte ver.di in Berlin eine Demonstration gegen die Arbeitsbedingungen bei US Mobile, einer Telekom-Tochter. »Wie auch bei anderen Firmen, z.B. bei McDonalds, werden Beschäftigte unter Druck gesetzt, entlassen oder polizeilich verfolgt, weil sie sich organisieren und für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen«, sagt Astrid Westhoff, stellvertretende ver.di-Landesbezirksleiterin. Vor kurzem wurden 137 Protestierende in Chicago verhaftet, die sich vor dem McDonalds-Firmengebäude für höhere Löhne einsetzten. Diese Situation sei nicht haltbar. Bei Abschluß eines Freihandelsabkommens dürften nicht nur wirtschaftliche Interessen, sondern auch die sozialen Komponenten eine Rolle spielen.

Die Aufrechterhaltung des einstigen Status Quo ist nicht mehr möglich. Kann es wenigstens zu einer halbwegs friedlichen Lösung kommen, die eigentlich nur noch eine Teilung der Ukraine in einen EU-hörigen Westteil und einen russischen Südostteil beinhalten kann?

Die USA in Übereinkunft mit den absoluten Herrschern am Golf sind weder an einer vernünftigen noch an einer friedlichen Lösung interessiert. Eine dauerhafte Unruhezone in der Ukraine beschäftigt auf Dauer sowohl die EU als auch Rußland – und sorgt zudem für steigende Ölpreise. Ein Fullhouse für Washington, nicht aber für die Menschen in Europa – egal wie weit man dieses faßt. Im günstigsten Fall zahlen wir nur mit steigenden Energiepreisen.

Zu fragen wäre allerdings, inwieweit die russische Zurückhaltung möglicherweise damit zusammenhängt, daß in der Südukraine elementare revolutionäre Kräfte hervortreten, die über die nach 1990 aus dem staatssozialistischen System hervorgegangenen kapitalistischen »Oligarchien« hinausgehen. »Vor uns steht die tatsächliche Arbeiterklasse, grob, nicht politisch korrekt, mit wirrem Kopf ... Die Zukunft der Donezker Republik bleibt offen.« (Boris Kagarlitzki, www.scharf-links.de).

Oder anders gesagt, es ist gar nicht mal so unwahrscheinlich, daß die Donezker und Lugansker Volksrepubliken im Einvernehmen der Herrschenden in Kiew und Moskau, in Washington und Brüssel/Berlin im Blut erstickt werden, wie anno 1871 die Pariser Kommune.

GERD MARKMANN

ver.di erwartet daher von den Berliner Politikern, sei es auf europäischer Ebene, im Bundestag oder im Abgeordnetenhaus, daß dieses Thema prioritär bei allen Gesprächen mit amerikanischen Partnern angesprochen wird.

Das Recht, sich zusammenzuschließen, zu demonstrieren und für Forderungen in Tarifverhandlungen zu streiken, ist ein Menschenrecht und Bestandteil der ILO-Kernarbeitsnormen. »Es ist nicht akzeptabel, daß die USA nicht alle acht ILO-Kernabkommen ratifiziert haben. Damit reißen sich die USA in eine Gruppe von Ländern ein wie dem Iran und Saudi Arabien. Weit über 100 Länder weltweit haben alle acht ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert«, sagt Astrid Westhoff. Der ver.di-Bezirk Berlin hat seine Solidarität mit den US-amerikanischen Kolleginnen und Kollegen erklärt.

ANDREAS SPLANEMANN

Die (heilige?) Gaby des SVKE

Am 4. Juni fand im EXIL (Am Bahnhof Eisenspalterei) die erste Lesung des Theaterstücks »Die (heilige?) Gaby des SVKE« statt. Nach der Premiere am 15. August wird es im EXIL bis Anfang September fünf weitere Aufführungen geben.

Die Eberswalder fleischverarbeitende Industrie (SZME + SVKE), errichtet in den 70er Jahren mit hochmoderner Technik, zog tausende von Arbeitskräften in die Stadt Eberswalde. Neubauviertel wurden errichtet und Schweine eingeflogen. Die Schweinemastanstalt war in den 80er-Jahren die größte ihrer Art in ganz Europa.

Nach der Wende wurden die Betriebe erst aufgeteilt, es wurde versucht, sie teilweise selbst zu übernehmen, dann wurden sie aber in der Mehrzahl geschlossen. Die Menschen aber blieben in Eberswalde...

Mit ihnen haben wir zahlreiche Interviews über ihre Arbeit und die Zeit der Wende und danach geführt. Der Autor Sascha Hargesheimer

mer verlegt diese Geschichten nun in eine andere Welt, in der ein junger Mann auf die Suche nach der heiligen Gaby geht. Ihm widerfahren erstaunliche Dinge, die dem einen oder anderen bekannt vorkommen dürften ...

Wie im vergangenen Jahr bei unserem Stück PUNK A GONNY (Foto) wird es ein musikalischer, lustvoller Abend, mit Punkmusik und zahlreichen Elementen, die die Vergangenheit neu beleben.

KAI JAHNS

Premiere: Freitag 15.8.2014, 20.00 Uhr

Vorstellungen: Sa. 16.08.2014, Fr. 22.08.2014, Sa. 23.08.2014, Fr. 05.09.2014, Sa. 06.09.2014 jeweils um 20 Uhr im EXIL am Bahnhof Eisenspalterei, Eberswalde.

Es spielen: Leute aus der Punkrockszene Eberswaldes und ehemalige Beschäftigten des SVKE/SZME.

Text: Sascha Hargesheimer (aus Interviews mit zahlreichen ehemaligen Beschäftigten des SVKE/SZME und weiteren Eberswalder/innen)

Regie: Heike Scharpff

Dramaturgie: Katja Kettner

Ausstattung: Alexei Fittgen

Musik: Ansgar Tappert + Anastasia Suvorov

Choreographie: Howard Katz

Projektleitung: Kai Jahns



Auf dem Finowkanal

Mit Fahrgastschiff »Oderberg« unterwegs

Vom 19. bis 21. Juni fährt unser Fahrgastschiff »Oderberg« auf dem Finowkanal! Begleiten Sie das Schiff auf seiner Überführungsfahrt am 19. Juni von Oderberg nach Eberswalde, oder zurück am 21. Juni. Oder erleben Sie einfach einmal den Finowkanal und einige seiner historischen, handbetriebenen Schleusen als Gast auf einem Passagierschiff.

Diese Fahrten sind das Ergebnis der Bemühung unserer Initiative, die in der Erneuerung des Passagierverkehrs auf dem Finowkanal eine touristische Bereicherung für unsere Region sieht.

Für die Fahrten erhalten Sie die Fahrkarten beim Reisebüro Fern und Meer in der Goethestraße 18a in Eberswalde (Auskunft per Telefon: 03334 289 170 oder per Email: info@fern-und-meer.de).

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT
Unser Finowkanal e.V.i.G.

Repair Café im Freiraum

Unser Repair Café ging am 30. Mai schon in die 2. Runde. Gemeinsam haben wir wieder elektrische Kleingeräte wie Toaster, Kaffeemaschinen, Lampen, etc. repariert. Eine Anmeldung war wie schon beim ersten Repair Café nicht notwendig. Darüber, wann das nächste Repair Café stattfindet, werden wir auf unserer Internetseite www.hebewerk-eberswalde.de rechtzeitig informieren.

SVEN GUMBRECHT

Mobile Soundanlage

In Kooperation mit dem Freiraum und der Initiative wandelBar haben wir beim 6. Freiwilligentag am 24. Mai eine mobile Soundanlage gebaut, die im Freiraum gegen eine Spende ausgeliehen werden kann. Das Gerät besteht im Wesentlichen aus einer Autobatterie, einem Verstärker mit dem Eingang für die Soundquelle und natürlich den Lautsprechern.

FABIAN WULF

Öffentliche Rentensprechstunde

Rentenempfänger haben die Möglichkeit, jeden zweiten Mittwoch im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Renteninitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Renteninitiative« unter Leitung von Frank Gaethke gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen.

Die Sprechstunden finden im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde, statt. Der nächste Termin ist am Mittwoch, dem 11. Juni, von 10 bis 13 Uhr.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim

Wandertips

von BERND MÜLLER

Freienwalder Höhen am Moorbadwanderweg

8. Juni, Pfingstsonntag, 4,5 km

Der schöne Wanderweg mitten in Bad Freienwalde zeigt, wie eng die Stadt mit und in der Natur lebt. Auf 4,5 Kilometer Länge kann man die grüne Lunge der ältesten märkischen Kurstadt erkunden. Und vor allem die Berge der Stadt wie den Finken-, die Papenberge und den Ziegenberg, der von den Freienwaldern liebevoll »Monte Caprino« genannt wird. Wanderleiter LOTHAR KOCH.

Treff: 13:30 Uhr Fachklinik Moorbad, Gesundheitsbrunnenstrasse 33, 16259 Bad Freienwalde
Gebühren*: 2 Euro

Zum Dorf der Steinschläger

15. Juni, Sonntag, 10 km

HARTMUT LINDNER vom Verein Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. lädt zu einer Wanderung durch den sommerlichen Buchenwald von Chorin nach Senftenhütte ein.

Der Weg führt vom Historischen Bahnhof Chorin über die Kroneneiche in das ehemalige Glashütten- und Steinschlägerdorf Senftenhütte. Kaffee und Kuchen werden in der »Heimatstube« in der ehemaligen Schule (Gemeindehaus) angeboten. Besichtigung der Kirche. Rückkehr 17.30 Uhr, so daß der Zug (RE-3 Richtung Berlin) um 17.48 noch erreicht werden kann.

Treff: 13:30 Uhr Vor dem Lindenblattbistro im Bahnhof Chorin, Bahnhofstraße, 16230 Chorin-Zentrum, Gebühr*: 2,20 Euro

Die Fuchskehle am Mittel- und Langen See

22. Juni, Sonntag, 6 km

Wer kennt schon die Fuchskehle und den Postbotensteig am Langen und Mittelsee? Wanderer sind herzlich eingeladen, heute gemeinsam mit den Vereinen Naturwacht Garmengrund und den NaturFreunden Oberbarnim-Oderland e.V. dieses wunderschöne Wandergelände zu erkunden.

Bei gutem Wetter sollten Badesachen nicht vergessen werden, denn es ist eine Badepause geplant. Wer möchte, kann bereits vor der Wanderung im Forsthaus Mittagessen einnehmen. Am Ende ist Kaffee und Kuchen im Forsthaus geplant.

Treff: 13.30 Uhr Forsthaus Leuenberg, Bahnhofstr. 13, 16259 Höhenland OT Leuenberg
Gebühren*: 2,20 Euro.

Die Touren sind Teil der bundesweiten Wanderaktion zur biologischen Artenvielfalt des Bundesamtes für Naturschutz www.wandertag.biologischerartenvielfalt.de.

Alle Teilnehmer erhalten den Wanderpaß und nehmen am Gewinnspiel teil.

Wir bitten um Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com.

* 50 % Ermäßigung für Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber. Kostenfrei für Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg.

Aufruf gegen Kriegspropaganda und Kriegsvorbereitung

Alle Europäer, die Frieden wünschen, haben Grund zur Sorge und zum Protest: Der Konflikt um die Ukraine ist das Resultat der EU- und der NATO-Erweiterung. Die EU hat mit der Durchsetzung des Assoziierungsabkommens – und hier besonders der wirtschaftlichen und militärischen Elemente – wesentlich zur Entstehung des Konflikts um die Ukraine beigetragen.

Offenkundig versuchen die USA und die EU, mit ihrer einseitigen Unterstützung der antirussischen und faschistischen Kräfte in der Ukraine, Rußland militärisch einzukreisen. Die Stationierung von NATO-Truppen an der russischen Grenze eskaliert die Situation weiter. Es geht der Appell an alle Konfliktseiten (die Kiewer »Regierung«, Akteure vor Ort, die NATO, Rußland, die EU) keine militärischen Mittel einzusetzen. Sämtliche Militäraktionen müssen sofort gestoppt werden. Nun droht der Ukraine-Konflikt zu eskalieren.

Wir lehnen eine Politik entschieden ab, die eine friedliche Kooperation zwischen EU und Rußland torpedieren und eine Konfrontation in Europa heraufbeschwört. Dies schadet Europa als Ganzem und könnte in einen neuen – Dritten – Weltkrieg einmünden. Wir warnen Bundeskanzlerin Merkel und andere führende Politiker der EU, diese Politik mitzutragen.

Viele Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsender – auf allen Seiten – heizen in dieser Situation den Ukrainekonflikt zusätzlich auf. Sie schieben die Schuld an dem Konflikt und am gewaltsamen Tod vieler Ukrainer allein dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in die Schuhe. Wichtige Einzelheiten, zum Beispiel über die Brandstiftung im Gewerkschaftshaus in Odessa, wo über 40 Menschen bei lebendi-

gem Leibe verbrannten oder erstickten, werden meist unterschlagen oder verharmlost. Umso mehr Dank und Ermutigung gilt denjenigen Journalistinnen und Journalisten, die gründlich recherchieren, sich an die Tatsachen halten und sich jeder Instrumentalisierung widersetzen. Wie fordern die Medien vor allem auf, alle Konfliktparteien zu Wort kommen zu lassen, damit Möglichkeiten zur friedlichen Konfliktlösung gefunden werden können.

Die Menschen in der Ukraine dürfen nicht gegeneinander aufgehetzt und gezwungen werden, einen Stellvertreterkrieg für die Europäische Union und Rußland zu führen. Viele erfahrene westliche Politiker haben inzwischen eingeräumt, daß das Entweder-Oder-Diktat der EU ein Fehler war. Selbst die Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Gerhard Schröder, die früher an der NATO-Expansion nach Osten mitgewirkt haben, brechen jetzt ihr Schweigen und warnen davor, die Politik der Eingrenzung Rußlands fortzusetzen, Rußland mit immer heftigeren Sanktionen zu bedrohen und immer mehr Militär an den Grenzen Rußlands zusammenzuziehen. Sanktionen waren in der jüngsten Vergangenheit immer die Vorstufe von Kriegen. Wir lehnen sie daher mit Entschiedenheit ab. Europa und die USA haben auf manchen Feldern unter-

schiedliche Interessen, der NSA-Skandal hat das offen gelegt. Die blinde Gefolgschaft westeuropäischer Regierungen hat bisher jene Kräfte in Amerika gestärkt, die trotz der Gefahr neuer Kriege jetzt auch in der Ukraine verbissen ihre eigenen egoistischen Ziele verfolgen.

Wir appellieren an alle westlichen Regierungen, mit allen Konfliktparteien des Ukraine-Konflikts zu verhandeln, am besten unter dem Dach der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Andernfalls droht der Konflikt immer weiter zu eskalieren, und es schwindet die Möglichkeit, daß aus der Ukraine eine Brücke der Kooperation zwischen Ost und West wird.

Wir sind empört darüber, daß erneut das Feindbild Rußland beschworen wird und daß friedenswillige Menschen als »Rußland-Versteher« beschimpft werden. Um den Frieden zu erhalten, haben beide Seiten keine andere Wahl, als sich gegenseitig zu verstehen. Wir rufen alle Menschen guten Willens in Deutschland und Europa auf, sich 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten und 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs dem Risiko eines neuen Krieges zu widersetzen, der nur der Rüstungsindustrie und Hegemonialinteressen dienen könnte. Wir dürfen die Kriegspropaganda und Kriegsvorbereitung nicht hinnehmen.

KONSTANTIN WECKER, ECKART SPOO,
MOHSSEN MASSARRAT, LAURA VON
WIMMERSPERG, TOBIAS PFLÜGER

Internetadresse der Online-Petition:

<https://www.openpetition.de/petition/online/aufruf-gegen-kriegspropaganda-und-kriegsvorbereitung>

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und [.../bbp-blog/](http://bbp-blog/)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Heiland, Gramzow (3), Gumbrecht, Markmann (2), Triller (6)

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 29. Mai 2014

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26. Juni 2014.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- ☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- ☐ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: ☐ per Bankeinzug ☐ per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

☐ Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)